Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3
14467 Potsdam
Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0
Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29

www.aufarbeitung.brandenburg.de

Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Dritter Tätigkeitsbericht

Berichtszeitraum 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2015

Dritter Tätigkeitsbericht

der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Berichtszeitraum: 1. Januar 2014 – 31. Dezember 2015

vorgelegt dem Landtag des Landes Brandenburg

Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD)
Hegelallee 3
14467 Potsdam
Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0
Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29
aufarbeitung@lakd.brandenburg.de
www.aufarbeitung.brandenburg.de

März 2016

Inhalt

		Seite
1	**Einleitung**	9
2	**Politische Erwachsenen-Bildung**	11
2.1	Der Auftrag/der Ansatz	11
2.2	Ausgewählte Veranstaltungen und Impulse	11
2.2.1	„ZEITSCHNITT – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten“	11
2.2.2	Militärgefängnis und Disziplinareinheit in Schwedt/Oder	12
2.2.3	25 Jahre Friedliche Revolution in Brandenburg	12
2.2.4	Veranstaltungen zur Geschichte der Landwirtschaft in SBZ/ DDR	13
2.2.5	Veranstaltungen mit Kooperationspartnern in Potsdam: „Menschen unter Diktaturen“ und „Potsdamer Gespräche“	13
2.3	Was hat sich bewährt?	14
2.4	Ausblick – Vision	15
2.5	Publikationen	15
2.6	Wanderausstellungen	16
3	**Forschungsprojekte**	17
3.1	Heimerziehung in der DDR	17
3.2	Gefängnisseelsorge der evangelischen Kirche in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam - Eckart Giebeler/IM „Roland“	18
3.3	Verfolgung von Zeugen Jehovas im NS und in der DDR im Land Brandenburg	18
3.4	Die evangelischen Kirchenkreise in der Prignitz 1970 – 1990	19
3.5.	Internierte und SMT-Verurteilte in Bad Freienwalde 1945 – 1955	19
4	**Jugendbildung**	20
4.1	Junge Menschen zu kritischen Beobachtern erziehen – Wissensvermittlung und Demokratieerziehung	20
4.2	Kooperation als Königsweg	22
4.2.1	Gedenkstättenlehrkräfte	22
4.2.2	Gedenkstätten	23
4.3	Bildungsarbeit langfristig denken: Angebote für alle	24
4.3.1	Smartphone-Applikation „Potsdam 1989. 14 Stationen der Friedlichen Revolution“	24
4.3.2	Webbasiertes Zeitzeugenportal	25
4.3.3	„Eingesperrt in Cottbus“ – Multimedia-Materialsammlung für den Unterricht	25
4.4	Aussichten für die Zukunft	26
4.4.1	Bildungsauftrag versus Kontroversität? Unterstützung bei der Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte	26
4.4.2	Beharrlichkeit bei der Umsetzung von Angeboten und Suche nach weiteren Kooperationspartnern	26
5	**Die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern und Behörden im Land Brandenburg**	26
5.1	Schwerpunkte der Bürgerberatung	26
5.2	Strafrechtliche Rehabilitierung	29
5.3	Berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung	30

5.4	Verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden	31
5.5	Die Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) und Gerichten im Land Brandenburg	32
5.6.	Die dezentrale Beratung	32
5.7	Der Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Brandenburg	33
6	**Förderung und Zusammenarbeit mit Initiativen und Verbänden zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im Land Brandenburg**	34
6.1	Förderung	34
6.2	Zusammenarbeit	36
7	**Gremien, in denen die Beauftragte des Landes vertreten ist**	37
8	**Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten und der Behörde des Bundesbeauftragten**	38
9	**Auswärtige Beziehungen**	39
10	**Die Anlauf- und Beratungsstelle (AuB) des Landes Brandenburg für ehemalige Heimkinder in der DDR bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur**	39
10.1	Die Anlauf- und Beratungsstelle (AuB) des Landes Brandenburg für ehemalige Heimkinder in der DDR	39
10.2	Aufgaben der AuB	40
10.2.1	Die AuB als Anlaufstelle	40
10.2.2	Die AuB als Beratungsstelle	40
10.2.2.1	Persönliche Beratung	40
10.2.2.2	Vermittlung von Hilfen aus dem „Fonds Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“	40
10.2.3	Biografiearbeit und Aktenrecherche	40
10.2.4	Vermittlung weiterführender Hilfen	41
10.3	Aktuelle Zahlen der AuB	41
10.4	Beispiele für die Hilfen aus dem Fonds	41
10.4.1	Beispiel Frau R. und Frau G.	41
10.4.2	Beispiel Frau J.	42
10.4.3	Beispiel Herr A.	42
10.5	Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen, Behörden und Kooperationspartnern	43
10.5.1	Bürgerberatung LAkD	43
10.5.2	Kooperationspartner Opferhilfe Land Brandenburg e. V.	43
10.5.3	Beratung von Jugendhilfeträgern	43
10.5.4	Informationsveranstaltungen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ort ZEIT Geschichte“	43
10.5.5	Kooperation mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen	43
10.6	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	44
10.7	Beirat der Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg	44

11.1 Veranstaltungen der Aufarbeitungsbeauftragten und Kooperationen 2014 45
11.2 Eigene Veranstaltungen der Aufarbeitungsbeauftragten und Kooperationen 2015 50

12.1 Beiträge der Aufarbeitungsbeauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Veranstaltungen Dritter 2014 53
12.2 Beiträge der Aufarbeitungsbeauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Veranstaltungen Dritter Veranstaltungen Dritter 2015 60

13.1 Geförderte Projekte im Jahr 2014 64
13.2 Geförderte Projekte im Jahr 2015 65

Die Aufarbeitungsbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 67

Impressum 72

1 Einleitung

Hiermit legt die Aufarbeitungsbeauftragte ihren dritten Tätigkeitsbericht vor, der zugleich der letzte in der ersten, sechsjährigen Amtsperiode ist. Im ersten Drittel der Amtsperiode standen der Behördenaufbau im Vordergrund, sowie die Herstellung von langfristigen Kooperationsbeziehungen mit Institutionen der Landespolitik, mit kommunalen Trägern und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen. Im zweiten Drittel kamen u. a. der Aufbau der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in der DDR hinzu und die Federführung des 16. Bundeskongresses der Aufarbeitungsbeauftragten zusammen mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Zu Beginn dieses Berichtszeitraums legte die Enquete-Kommission 5/1 „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ dem Landtag ihren Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen vor. Der Abschlussbericht dokumentiert sowohl die Erfolge, die in Brandenburg bei der Überwindung der kommunistischen Diktatur erreicht wurden, und benennt zugleich Defizite, für deren Ausgleich in den Handlungsempfehlungen Vorschläge gemacht wurden. Unter anderem soll vor allem im Schulunterricht gezielter und verbindlicher die Geschichte der SED-Diktatur vermittelt werden. Außerdem wurden dem Landtag Initiativen zur stärkeren Würdigung ehemals politisch Verfolgter vorgeschlagen. Hierzu gehören u. a. die Verstetigung finanzieller Förderung der Arbeit der Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen sowie ein Härtefallfonds für ehemals politisch Verfolgte in besonderen Notlagen. Beide Initiativen griff der Landtag in seinem Haushalt 2015/2016 auf. In ihrer Entschließung im Januar dieses Jahres haben alle Parteien im Landtag die Bedeutung der Diktaturaufarbeitung betont und sich auch für die Fortsetzung der Freistellung von Lehrern für die Arbeit in Gedenkstätten und an Gedenkorten ausgesprochen.
In diesen Berichtszeitraum fallen auch die großen Jubiläen: die Friedliche Revolution von 1989 und die Deutsche Einheit 1990. Jahrestage bieten Anlass, historische Ereignisse im Lichte der Gegenwart zu reflektieren, sie vor dem Hintergrund der darauf folgenden Entwicklungen zu beurteilen und einzuordnen. Sie geben Anlass innezuhalten in einer schnelllebigen Zeit, um sich zu verorten, zwischen dem, was als Vergangenheit und erwartbarer Zukunft konstruiert wird. Für die Demokratie ist das ein notwendiger, ja unverzichtbarer kommunikativer Prozess der Orientierung, um sich über zentrale Werte und Normen zu verständigen. Die LAkD hat mit ihrer Arbeit dazu beigetragen, diese Prozesse anzuregen und zu fördern.
Neben der Weiterführung der Beratung und Unterstützung vorwiegend in Angelegenheiten der Rehabilitierung und Entschädigung und der fortgesetzten politisch-historischen Bildungsarbeit für junge Menschen und Erwachsene, sowie der Zusammenarbeit mit Gedenkstätten hat die Aufarbeitungsbeauftragte wiederum neue Aufgaben wahrgenommen. Das ist auch der Tatsache zu verdanken, dass der brandenburgische Landtag die Haushaltsmittel soweit aufgestockt hat, dass die gesetzlichen Aufgaben umfassender erfüllt werden konnten. Während im Jahr 2013 insgesamt 818.800 EUR zur Verfügung standen, waren es im Jahr 2015 1.469.700 EUR. Der größte Anteil des Aufwuchses diente der Personalerweiterung in der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in der DDR aufgrund der hohen Betroffenenzahlen. Dafür wurde auch ein neuer Standort geschaffen, da die Räumlichkeiten in der Hegelallee 3 nicht mehr ausreichten. Diese zusätzlichen Mittel wurden durch Einnahmen aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ refinanziert, der im Jahr 2014 entsprechend dem erhöhten Beratungsbedarf deutlich aufgestockt worden war.
Trotz der erweiterten Haushaltsmittel in den Jahren 2014 und 2015 hat die LAkD für wichtige zusätzliche Aufgaben auch in diesem Berichtszeitraum Drittmittel eingeworben. Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stellte der Landesbeauftragten in den beiden Jahren insgesamt 36.934,78 EUR für ein zusätzliches Angebot der mobilen Bürgerberatung zur Verfügung.

Für den Aufbau eines webbasierten Zeitzeugenportals konnten aus dem Fonds zur Förderung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Projekte in den neuen Bundesländern (Mauergrundstückfonds) für die Jahre 2015 und 2016 69.500 EUR bereitgestellt werden.
Die Arbeit der Aufarbeitungsbeauftragten wird im Land gut angenommen. Das zeigt sich einmal darin, dass es zunehmend Initiativen gibt, die sich mit Ereignissen der DDR-Geschichte auseinandersetzen und dafür die Zusammenarbeit mit der LAkD suchen. Es werden immer wieder neue Ideen entwickelt, wie Gedenkorte öffentlich sichtbar gemacht und Erinnerungen an Repression und Widerstand wach gehalten werden können. Zum anderen ist ein wachsendes Interesse spürbar, die Erfahrungen aus der Vergangenheit mit Menschenrechtsthemen der Gegenwart zu verknüpfen. Oft wird in Diskussionen über die DDR vorgebracht, dass es doch hier und heute ebenso Unrecht gäbe. Auch wenn die Unantastbarkeit der Würde jedes Menschen oberster Verfassungsgrundsatz sei, käme es dennoch zu manchen Verletzungen der Würde, wofür durchaus konkrete Beispiele benannt werden können. Gerade in solchen Debatten kommt es darauf an, zu verdeutlichen, dass im Unterschied zu einer Diktatur Menschenrechtsverletzungen heute öffentlich gemacht und die Politiker dafür zur Rechenschaft gezogen und zu Veränderungen veranlasst werden können. Das aber bedarf einer wachen, menschenrechtsbewussten Öffentlichkeit, die die Politik in die Pflicht nimmt, die Unrecht nicht duldet und sich einmischt. Wenn daraus die Einsicht entsteht, dass jeder Einzelne hierbei gefordert ist, kann die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine demokratiefördernde Wirkung entfalten. Auch kann zum Beispiel der Rückblick auf die bewegenden Zeiten des Aufbruchs manch einen ermutigen, die erkämpften demokratischen Möglichkeiten besser zu nutzen, um ein friedliches und gerechtes Gemeinwesen mitzugestalten.
Geschichtsbetrachtung ist immer eine Konstruktion, die sich aus belegbaren Fakten, aber auch Interpretation, Einordnung und Bewertung historischer Befunde im Lichte gegenwärtiger politischer Entwicklungen, Stimmungen und Interessenkonstellationen ergeben. Dies gilt es, deutlich zu reflektieren und als Anlass zu nutzen, über heutige Normen des Zusammenlebens ins Gespräch zu kommen.
In den letzten Jahren haben vor allem regionalgeschichtliche Untersuchungen sowie Einzeldarstellungen zu Kinderheimen, Gefängnissen, Haftarbeit, Flucht und Fluchthilfe, Opposition und Widerstand und tiefergehende Untersuchungen zur Repressionspraxis die Publizistik zur DDR-Geschichte bereichert. Hinzu kommt eine fast unüberschaubare Zahl an biografischen Zusammenstellungen, in denen man viel über die alltägliche Lebenspraxis erfahren kann. Damit ist durchaus ein aussagekräftiges Fundament für eine Geschichtsbetrachtung entstanden, welche nachzuvollziehen ermöglicht, wie Menschen in der Diktatur, in einem Staat, der seinen Bürgern die Freiheitsrechte vorenthielt, ihr Leben gelebt haben. Die LAkD hat auch in diesem Berichtszeitraum vielfältige Aktivitäten gefördert, die auf historische Erkundungen, auf Wissensvermittlung und auf das Verständnis historischer Abläufe zielten.
Von der Politik wurde sie während der gesamten bisherigen Amtszeit in jeder Hinsicht wohlwollend getragen und unterstützt. Die Landtagsverwaltung hat in hervorragender Weise in finanz-, personaltechnischen und organisatorischen Angelegenheiten Hilfestellungen geleistet. Ihnen sowie allen Partnern, die mit der Landesbeauftragten zusammengearbeitet haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

2 Politische Erwachsenenbildung

2.1 Der Auftrag /der Ansatz

Der Auftrag für die Bildungsarbeit der Landesbeauftragten ist durch das „Gesetz über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ (Brandenburgisches Aufarbeitungsbeauftragtengesetz – BbgAufarbBG) definiert. Hier heißt es: „Der Landesbeauftragte trägt dazu bei, die Öffentlichkeit über die Wirkungsweisen diktatorischer Herrschaftsformen, insbesondere in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, zu unterrichten. Struktur, Wirkungsweise und Methoden des Staatssicherheitsdienstes sowie Instrumente staatlicher Repression in der DDR auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg sollen in besonderer Weise berücksichtigt werden.“ (BbgAufarbBG § 2, Abs. 4).
Diesem Auftrag folgend hat die Landesbeauftragte auch in den letzten beiden Jahren ihre Bemühungen fortgesetzt, die politisch-historische Bildungsarbeit in Bezug auf die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im Land Brandenburg zu etablieren. Dabei liegt der besondere Fokus auf den ländlichen Gebieten, da es dort erfahrungsgemäß weniger Veranstaltungsangebote gibt als in dichtbesiedelten Räumen wie der Landeshauptstadt, in der auch zahlreiche Forschungs- und Bildungseinrichtungen angesiedelt sind. Bei der Konzeption von Bildungsangeboten ist die LAkD bestrebt, auch neue Zielgruppen zu erreichen, z. B. jüngere Menschen oder auch jene Brandenburgerinnen und Brandenburger, die allen Themen, die sich mit der Diktatur in der DDR befassen, eher skeptisch gegenüber stehen. Neben den bewährten Formen politischer Bildungsarbeit, wie Vorträge, Podien, Diskussionen und Lesungen haben sich auch andere Formen der Vermittlung etabliert, u. a. Filme, Theater und Musik.

2.2 Ausgewählte Veranstaltungen und Impulse

2.2.1 ZEITSCHNITT – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten

Die Landesbeauftragte hat im Jahr 2011 das Format „ZEITSCHNITT - Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten“ entwickelt. Als Partner für diese Reihe konnte das Filmmuseum Potsdam gewonnen werden. Wie keine andere Kunstform vermag der Film die Komplexität von Geschichte sinnlich nachvollziehbar zu machen. Durch dokumentierte oder erdachte Geschichten vermittelt sich auch noch lange Zeit später ein plastischer Eindruck davon, was Menschen einst gedacht und gefühlt haben könnten. Für die älteren Zuschauer korrespondieren manche der filmischen Szenen mit eigenen Erinnerungen, für die jüngeren unter Umständen mit familiären Erzählungen. Aber auch für jene, die keinen eigenen Bezug zu dem historischen Stoff haben, kann durch die Filme einiges über das Alltagsleben und den damaligen Zeitgeist nachvollziehbar werden. Die „Zeitschnitt“ Filmreihe besteht aus jeweils zehn abendfüllenden Programmen, die von dem Filmhistoriker Dr. Claus Löser eingeleitet werden. Dabei stellt er sowohl den gesamtgesellschaftlichen als auch die zeithistorischen und kulturpolitischen Zusammenhänge dar, in denen der jeweilige Film entstanden ist. Vor diesem Hintergrund deutet Dr. Claus Löser dann die in den Filmen verwendeten Chiffren und Muster und ordnet diese in den Entstehungskontext ein.
Um den regionalen Bezug herzustellen, wurde die Filmreihe gleichzeitig auch als „Landpartie“ konzipiert, bei der die Filme in verschiedenen Orten im Land Brandenburg gezeigt wurden. Bei der „Landpartie“ werden lokale Kinos, Bürgervereine, Kulturhäuser, Bürgerhäuser und andere regionale Träger der politischen Bildung angesprochen, um mit ihnen vor Ort zu kooperieren.
Im Jahr 2014 stand die Reihe „ZEITSCHNITT – Ostdeutsche Filmgeschichte(n) aus vier Jahrzehnten“ unter dem Titel „Kindheit und Jugend in der DDR“. Da zu Beginn des Jahres 2014 das Filmmuseum in Potsdam wegen Bauarbeiten

noch geschlossen war, wurde die Filmreihe in der Oberkirche in Cottbus eröffnet. Weitere Spielorte waren Beeskow, Eberswalde, Wittenberge, Letschin, Lübbenau und Kleinmachnow. Die Abschlussveranstaltung fand dann wieder im Filmmuseum in Potsdam statt.
Im Jahr 2015 wurde die Filmreihe unter dem Titel „Frauen und Film in der DDR“ fortgesetzt. Dabei bemühten sich die Veranstalter, in jedem Jahr auch neue Spielorte zu entdecken. So wurden im Jahr 2015 der Oberlaubenstall in Lichterfelde (Gemeinde Niederfläming, Landkreis Teltow-Fläming) und der Kornspeicher in Neumühle (Stadt Neuruppin, Landkreis Ostprignitz-Ruppin) bespielt. Weitere Aufführungsorte waren neben Potsdam wiederum Beeskow, Cottbus, Letschin und Eberswalde.
Die Erfahrung hat gezeigt, dass gerade im ländlichen Raum mit dem Format dieser Filmreihe neue und auch recht unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden können. Außerdem ist die Zusammenarbeit mit den engagierten Menschen vor Ort oftmals sehr fruchtbar. Die Initiativen verfügen häufig über einen gewachsenen Stamm an Besucherinnen und Besuchern, betreuen liebevoll die Örtlichkeiten und zeigen große Bereitschaft zur Zusammenarbeit.
Das Format „Zeitschnitt“ wird im Jahr 2016 zum fünften Mal in Folge durchgeführt werden.

2.2.2 Militärgefängnis und Disziplinareinheit in Schwedt/Oder

Dr. Marie Anne Subklew, der Vorsitzende des Vereins „Militärgefängnis Schwedt“ Detlef Fahle und der Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Martin Gorholt, anlässlich eines Tages der offenen Tür in Schwedt am 31. Mai 2015.

Auch in diesem Berichtszeitraum wurde die Arbeit in der Projektgruppe „Militärgefängnis in Schwedt“ fortgeführt. Die im Herbst 2013 in der Schriftenreihe der Landesbeauftragten vom Metropol Verlag herausgegebene Publikation „Der DDR-Militärstrafvollzug und die Disziplinareinheit in Schwedt (1968-1990)“ wurde wegen großer Nachfrage in einer Neuauflage gedruckt. Außerdem unterstützt die Landesbeauftragte den Verein „Militärgefängnis Schwedt“ sowohl mit finanziellen Mitteln aus dem Zuwendungsfonds als auch durch inhaltliche Beratung. Geplant ist eine Ausstellung, die zunächst im Arrestzellenbereich der Disziplinareinheit, dann als Dauerausstellung im Stadtmuseum gezeigt werden soll. Außerdem wird eine identische Variante als Wanderausstellung weitergereicht.

2.2.3 25 Jahre Friedliche Revolution in Brandenburg

Anlässlich des 25. Jahrestags der Friedlichen Revolution in der DDR im Herbst 1989 plante die LAkD mehrere Veranstaltungen gemeinsam mit der Staatskanzlei des Landes Brandenburg. Die Veranstaltungsreihe begann am 7. Mai 2014 im brandenburgischen Landtag und erinnerte an die Kontrolle der Wahlauszählung durch Angehörige oppositioneller Gruppen bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989. Der Nachweis der Wahlmanipulation destabilisierte die SED-Diktatur und mobilisierte zugleich viele Bürgerinnen und Bürger über die oppositionellen Gruppen hinaus. Die Veranstaltungen, die auch in Cottbus und Brandenburg an der Havel stattfanden, stellten vor allem die derzeitigen Aktivitäten in den brandenburgischen Städten ins Zentrum. Damalige Akteure, die sich für den politischen Umbruch engagierten, berichteten über ihre Erfahrungen. Am 4. Oktober stand die Verbreitung des Aufrufs des „Neuen Forums“ vor genau 25 Jahren in der Babelsberger Friedrichskirche im Zentrum. In einer Veranstaltung der Staatskanzlei gemeinsam mit der Landeshauptstadt Potsdam, der Kirchengemeinde und der Gedenkstätte Lindenstraße erinnerte der Ministerpräsident des Landes Brandenburg an den Aufbruch im Herbst 1989.

In den darauffolgenden Schilderungen damaliger Akteure wurde deutlich, dass sich auch hier, im Berliner Umfeld, trotz zahlreicher Institutionen der SED-Diktatur ein breites Spektrum des politischen Protestes und Widerstands entwickelt hatte. Die Kirchen beherbergten mehrere oppositionelle Initiativen in ihren Häusern, die schließlich seit dem nachgewiesenen Wahlbetrug zunehmend die Öffentlichkeit suchten und bald das Stadtbild beherrschten.

Der ehemalige Präsident des brandenburgischen Landtags Gunter Fritsch, Pfarrer Dr. Justus Werdin (Angermünde, OT Greiffenhagen), Moderator Alfred Eichhorn, Carola Stabe, Detlef Kaminsky und Hans Schalinski (alle Potsdam) bei der Veranstaltung im brandenburgischen Landtag am 7. Mai 2014.

2.2.4 Veranstaltungen zur Geschichte der Landwirtschaft in SBZ / DDR

Die Landwirtschaftspolitik der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED hat zu schweren strukturellen Einschnitten in die Agrargesellschaft geführt. Unter den als „fortschrittlich“ bezeichneten Maßnahmen, wie die Bodenreform 1945/46 und die im Frühjahr 1960 abgeschlossene Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft, litten zehntausende Bauern im Land. Dennoch werden beide Aktionen – vor allem aber die Bodenreform, in deren Zuge alle Landeigentümer mit mehr als 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche entschädigungslos enteignet wurden, noch heute in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Nicht nur die in der Bodenreform Enteigneten, sondern durchaus auch viele der Neubauern, die bis 1960 zwangsweise den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) beitreten mussten und damit den Zugriff auf ihr Eigentum verloren, sind noch heute unzufrieden mit den Regelungen zur Entschädigung des verlorenen Eigentums vor allem nach dem Einigungsvertrag. In Zusammenarbeit mit anderen Partnern und auf Einladung Dritter haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufarbeitungsbeauftragten dazu beigetragen, über die Bodenreform und die Zwangskollektivierung zu informieren und die öffentliche Diskussion zu befördern.

Alfred Eichhorn (Moderator), Jeanne Grabner, Pfarrer Stephan Flade und Prof. Dr. Reinhard Meinel auf dem Podium in der Friedrichskirche am 4. Oktober 2014.

2.2.5 Veranstaltungen mit Kooperationspartnern in Potsdam: „Menschen unter Diktaturen“ und „Potsdamer Gespräche“

In Potsdam sind viele Bildungs- und Forschungseinrichtungen angesiedelt, die sich mit der deutschen Geschichte und Gegenwart beschäftigen. Auf Initiative der drei Einrichtungen am Neuen Markt, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), dem Moses-Mendelssohn-Zentrum (MMZ) und dem Haus der Brandenburgisch-Preussischen Geschichte (HBPG), bieten seit einigen Jahren mehrere Institutionen unter einem gemeinsamen Thema eine Palette von Veranstaltungen an, für die mit einem eigenen Flyer geworben wird. 2014 lautete das Leitthema "Beziehungskrisen – Freund- und Feindbilder im kurzen 20. Jahrhundert". Die gemeinsame Veranstaltung mit der Staatskanzlei am 7. Mai 2014 im Landtag zur Aufdeckung der Wahlfälschung war der Beitrag der LAkD zu dieser Reihe.
2015 stand unter dem Leitmotiv „1945 – Brandenburg nach dem Krieg“. Die Veranstaltungen

fanden alle im Filmmuseum Potsdam statt. Die Aufarbeitungsbeauftragte beteiligte sich mit einer Veranstaltung, die gemeinsam mit dem MMZ vorbereitet wurde, zur Gründung der sowjetischen Speziallager im Sommer 1945 in der SBZ. Es wurde der Film „George“ mit Götz George gezeigt und anschließend fand ein Gespräch mit der Historikerin Dr. Bettina Greiner statt. Im gut gefüllten Kinosaal wurde angesichts der im Film dargestellten Geschichte über den Schauspieler Heinrich George, der nach 1945 in Sachsenhausen inhaftiert war, einerseits über die sowjetischen Speziallager diskutiert, andererseits auch über die Verantwortung von Künstlern in einer Diktatur.

Stefan Berg (Bausoldat in den 1980er Jahren), Ulrike Poppe (Moderation) und Alt-Landtagspräsident Gunter Fritsch (Bausoldat in den 1960er Jahren) im Gespräch über ihre Erfahrungen als Bausoldaten in der DDR im brandenburgischen Landtag im September 2014.

Gemeinsam mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, der Potsdamer Gedenkstätte für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert in der Lindenstraße 54/55 und deren Fördergemeinschaft wurde im Berichtszeitraum die Veranstaltungsreihe „Menschen unter Diktaturen“ erfolgreich weitergeführt. Vor allem Vorträge, aber auch Lesungen mit musikalischer Begleitung und anschließender Diskussion dominierten das Veranstaltungsangebot. Inhaltliche Schwerpunkte wurden von den Partnern gemeinsam entwickelt. Die Themen betreffen Aspekte der verbrecherischen Herrschaft der Nationalsozialisten ebenso wie die kommunistische Diktatur in SBZ und DDR.

Dr. Marie Anne Subklew, Ilja Hübner, Paul Brauhnert und Arno Polzin präsentieren das Buch „Der DDR-Militärstrafvollzug und die Disziplinareinheit in Schwedt (1968-1990)“ in der Oberkirche in Cottbus.

2.3 Was hat sich bewährt?

Seit Bestehen der Behörde ist es ein wichtiges Anliegen der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten, die Entwicklung eines Netzwerkes von Kooperationspartnern zu etablieren. Kooperationen mit Opferverbänden, Gedenkstätten, der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung, Aufarbeitungsinitiativen und vielen anderen Akteuren und Trägern der politischen Bildungsarbeit im Land Brandenburg konnten im Berichtszeitraum weiter ausgebaut und intensiviert werden. Zu diesen gehören u. a. das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, die Gedenkstätte Lindenstraße, der Förderverein Gedenkstätte Lindenstraße, das Filmmuseum Potsdam, die Landeszentrale für politische Bildung, das DDR-Museum Perleberg, das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, die Friedrich-Naumann-Stiftung, das Menschen-

Kontrovers diskutierten der Geschäftsführer des Landessportbundes Andreas Gerlach, Historikerin Dr. Jutta Braun, die damalige brandenburgische Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Martina Münch sowie die Vorsitzende des Vereins „Doping-Opferhilfe“ Prof. Ines Geipel über die Aufarbeitung des Dopings im DDR-Sport heute im Land Brandenburg im September 2014 im Brandenburger Landtag.

rechtszentrum Cottbus, die Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU, die Evangelische Akademie zu Berlin, Kirchengemeinden und Vereine, örtliche Kinos und Bürgerinitiativen.
Im Berichtszeitraum wurde die Erfahrung bestätigt, dass Veranstaltungen, die mit Partnern vor Ort organisiert werden, in der Regel gut besucht sind.

2.4 Ausblick – Vision

Auch mehr als 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution erweist sich das Interesse der Öffentlichkeit an Themen der DDR-Vergangenheit und des Umgangs mit den Hinterlassenschaften der Diktatur als ungebrochen. Die Erfahrung zeigt, dass neben dem Interesse an Information über Strukturen und Wirkungsweisen der Diktatur und den konkreten Auswirkungen auf das Alltagsleben vor allem auch der Austausch von Bedeutung ist, zwischen Menschen, die aus unterschiedlichen Erfahrungshintergründen auf die Vergangenheit blicken und auch zwischen Menschen unterschiedlicher Generationen und Herkünfte. Die Aufarbeitungsbeauftragte will Menschen ermutigen, ihre eigenen Geschichten zu reflektieren, zu erzählen und den Erfahrungen anderer zuzuhören. In diesen Geschichten geht es auch immer wieder um Fragen von Anpassung, Kompromissen und Schuld, aber auch um Widerstehen. Bundespräsident Joachim Gauck hat die Aufarbeitung der jüngeren deutschen Geschichte als «Elitendiskurs» kritisiert. Eine Volksbewegung inspiriere sie aber nicht, bedauerte Gauck im Dezember 2012. So würden bei der Verarbeitung der kommunistischen Diktatur zwar erfolgreich intellektuelle Thesen und Themen abgearbeitet, eine echte Auseinandersetzung der gesamten ostdeutschen Gesellschaft mit sich selbst gebe es aber nicht. Damit meine er einen Prozess, der den Charakter einer Durchhellung habe, wie es der Philosoph Karl Jaspers nach dem Krieg genannt und gefordert habe. Dieser wollte damals „eine existenzielle Aufarbeitung bei all denen, die das System getragen hatten.“ Diese Gedanken aufnehmend, ist es das Bestreben der Landesbeauftragten, eine Form der Aufarbeitung zu etablieren, die nicht nur intellektuelle Diskurse bedient, sondern Menschen miteinander ins Gespräch bringt. Solche Gespräche können sowohl für die, die im System Verantwortung getragen haben, als auch für die, die unter diesem gelitten haben, auch eine heilsame Wirkung haben.

2.5 Publikationen

In den Jahren 2014 und 2015 veröffentlichte die Aufarbeitungsbeauftragte fünf neue Bände in ihrer Schriftenreihe, die im Berliner Metropol Verlag erscheint. 2014 konnten die Bücher von Helene Kleine „Lebensgeschichten oder: das Private ist politisch“ und „Stasi in Falkensee“ von einer Autorengruppe mit Thomas Lenkitsch, Elke Märtins, Hiltrud Müller, Helmut Müller-Enbergs und Ines Oberling erscheinen.
In dem Band von Helene Kleine erzählen vier ehemals in der DDR politisch Verfolgte ihre Lebensgeschichten, die sich alle vornehmlich im damaligen Bezirk Potsdam und zum Teil in Ost-Berlin abspielten und die Enge der persönlichen Freiheit in der DDR ebenso zeigen wie die Bereitschaft der Akteure, trotzdem an ihren Auffassungen und Lebenszielen festzuhalten. „Stasi in Falkensee“ zeigt die andere Seite der Diktatur. Die Planung und Organisierung der Bespitzelung der Bevölkerung in dem an der Grenze zu West-Berlin liegenden Ort Falkensee durch die Kreisverwaltung Nauen des MfS wird analysiert und die tägliche Repression in einzelnen Beispielen verdeutlicht.

Die Reihe von Publikationen der Aufarbeitungsbeauftragten im Metropol Verlag.

Opposition und Zerstörung von Menschen und Familien durch das MfS wurden auch in zwei der drei 2015 erschienenen Bände thematisiert. Iris Bork-Goldfield erzählt die Geschichte einer jugendlichen Widerstandsgruppe in Werder/Havel, die ihr Vater 1948 mit gegründet hatte. Die jungen Menschen verteilten anfangs selbstverfasste Flugblätter, später verbreiteten sie Informationsmaterial der West-Berliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) und arbeiteten mit westlichen Geheimdiensten zusammen. Während einige von ihnen sich der Verhaftung durch die Flucht nach West-Berlin entziehen konnten, wurden 1952 über 25 der Beteiligten verhaftet und acht von ihnen von sowjetischen Militärtribunalen in Potsdam zum Tode verurteilt.
Auf der Basis von Interviews verfasste Martin Ahrends in dem Buch „Verführung, Kontrolle, Verrat – Das Wirken des MfS in Familien“ Geschichten der Zersetzung durch das MfS, an denen zum Teil Freunde oder Familienangehörige der Verfolgten beteiligt waren. Am Ende des Berichtszeitraums erschien die Studie „Diagnose: verhaltensgestört. Das Kombinat der Sonderheime in der DDR“ von Andreas Methner. Die im ehemaligen Bezirk Potsdam angesiedelten Heime des Kombinats der Sonderheime für Psychodiagnostik und pädagogisch-psychologische Therapie unterstanden der DDR-Jugendhilfe und waren für die Aufnahme von Kindern und Jugendlichen vorgesehen, die zuvor als verhaltensgestört eingestuft wurden.

Die Reihe der Aufarbeitungsbeauftragten versucht die Entwicklung der kommunistischen Diktatur und den Widerstand dagegen vor allem auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg darzustellen. Zugleich werden bisher in der Publizistik vernachlässigte oder auch unzureichend aufbereitete Themen präsentiert. Damit haben die Publikationen einerseits einen regionalen Bezug, andererseits sind sie auch für Leser in anderen Bundesländern interessant. Die Zusammenarbeit mit dem Metropol Verlag ermöglicht das Erreichen beider Zielgruppen. Für Brandenburgerinnen und Brandenburger werden die Bände im Rahmen von Veranstaltungen zu einer Schutzgebühr abgegeben, während der Verlag sie zugleich im Buchhandel anbietet.

2.6 Wanderausstellungen

Bereits vor diesem Berichtszeitraum hat die Behörde der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten drei Wanderausstellungen erarbeitet, die auch weiterhin öffentlich gezeigt werden.
Die Wanderausstellung „Von Sprachlosigkeit befreien“ wurde im Berichtszeitraum im Landgericht Frankfurt (Oder), in den Verwaltungen der Landkreise Potsdam-Mittelmark und Oberhavel und in der Außenstelle des Landesamtes für Soziales und Versorgung in Frankfurt (Oder) gezeigt. Die Ausstellung besteht aus 30 Bildtafeln. Ehemals politisch Verfolgte gestalteten diese im Rahmen einer therapeutischen Malgruppe

Martin Ahrends und Dr. Marie Anne Subklew stellen das Buch „Verführung, Kontrolle, Verrat – Das Wirken des MfS in Familien“ am 2. Juli 2015 in Grünheide vor.

Eröffnung der Ausstellung durch den Landrat Ludger Weskamp und Petra Morawe in der Landkreisverwaltung Oberhavel, Oranienburg.

der Berliner Beratungsstelle für politisch Traumatisierte der SED-Diktatur „Gegenwind“. Diese Form der Auseinandersetzung mit den Folgen politischer Verfolgung zeigt die LAkD seit 2012 in öffentlich zugänglichen Räumen von Behörden, Verwaltungen und Gerichten.
Die jeweiligen Eröffnungen fanden im Beisein der Leitung der gastgebenden Institution sowie deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter statt, die diese Gelegenheit nutzten, um sich im Rahmen einer Führung durch die Ausstellung über psychische Folgen politischer Verfolgung zu informieren.
Die 2011 erstellte Ausstellung „28 Jahre getrennt. Das Grenzregime und seine Folgen für die Brandenburger“ wurde im Sommer und Herbst 2014 in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus gezeigt.
Die 2013 anlässlich des 60. Jahrestags des Volksaufstands am 17. Juni 1953 in Brandenburg erarbeitete Wanderausstellung „In der Stadt und auf dem Land! Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg“ wurde im Sommer und Herbst 2014 im Industriemuseum Brandenburg an der Havel gezeigt.

3 Forschungsprojekte

3.1 Heimerziehung in der DDR

Bereits seit der Errichtung der Behörde der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur im Jahr 2010 war die Aufarbeitung der Heimerziehung der DDR ein Arbeitsschwerpunkt. Menschen, die sich wegen belastender Erfahrungen als Kind im Kombinat der Sonderheime an die neue Bürgerberatung gewandt hatten, aber auch staatsanwaltliche Anfragen sowie ein eigenes Forschungsinteresse waren Auslöser für Archivrecherchen, bei denen vor allem Informationen über die konkreten Verhältnisse im ehemaligen Sonderheim Werftpfuhl gewonnen wurden. Bei der Aufarbeitung dieses Teils der Heimgeschichte der DDR sah die LAkD eine besondere Zuständigkeit, da vier der fünf Heime des Kombinates der Sonderheime auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg lagen.
Das Kombinat wurde 1964 als spezielle Einrichtung für nach damaliger Bezeichnung verhaltensauffällige und verhaltensgestörte Kinder und Jugendliche gegründet, durch die sich andere Jugendhilfeheime überfordert fühlten. Es bestand aus einem Aufnahmeheim in Berlin und vier Heimen in der Umgebung von Berlin. Den damaligen Verantwortlichen war durchaus bewusst, dass die jungen Menschen, die oft bereits zuvor schwere Verletzungen erfahren hatten, bevor sie ins Heim kamen, einer besonderen Unterstützung bedurften. So arbeiteten im Kombinat der Sonderheime mehrere Psychologen, die therapeutische Angebote unterbreiteten und in den Heimschulen waren die Klassen deutlich kleiner als an anderen Schulen. Aber diese durchaus positiven Bedingungen konnten grundlegende Haltungen und Praxen in der Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit, die das Ziel aller DDR-Bildungseinrichtungen war, nicht außer Kraft setzen. Die als verhaltensauffällig oder -gestört eingestuften Kinder und Jugendlichen galten nicht als Teil des positiven, zukunftsträchtigen Potenzials der Gesellschaft und wurden daher, wie die Mädchen und Jungen in den anderen Spezialheimen auch, separiert und von der Gesellschaft ferngehalten, indem sie in abgelegenen Einrichtungen mit eigenen Heimschulen untergebracht und von der Umgebung abgeschirmt waren.
Als sich Andreas Methner, ein graduierter Sonder- und Förderpädagoge mit seiner Magisterarbeit über das Kombinat der Sonderheime an die LAkD wandte, entstand schnell das Interesse, diese zu einer Publikation der Schriftenreihe der Landesbeauftragten zu erweitern. In den Jahren 2014 und 2015 erfolgte die Umsetzung dieser Idee. Das im Dezember 2015 erschienene Buch „Diagnose: verhaltensgestört. Das Kombinat der Sonderheime in der DDR“ beschreibt die Entwicklung, Konzeption und Praxis der Einrichtung aus historischer und rehabilitationspädagogischer Perspektive. Erweitert wurde das Manuskript durch einen Beitrag einer Mitarbeiterin der LAkD, Silvana Hilliger, in dessen Fokus die Auswertung von Akten steht, die in den 70er

und 80er Jahren über Kinder im Heim Werftpfuhl angelegt worden waren. Das Buch basiert auf der Auswertung schriftlicher Quellen aus Administration und Wissenschaft der DDR und berücksichtigt Zeitzeugenberichte von ehemaligen Heimkindern und ehemaligen Erzieherinnen und Erziehern des Kombinates.
Im Jahr 2016 wird es auf Veranstaltungen der Öffentlichkeit präsentiert und dient dabei als Ausgangspunkt zu einem weiteren öffentlichen Diskurs über die Pädagogik in der DDR.

3.2 Gefängnisseelsorge der evangelischen Kirche in den Bezirken Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam – Eckart Giebeler/IM „Roland“

Das Forschungsprojekt über den Gefängnisseelsorger Eckart Giebeler, der von 1959 bis 1989 als IM „Roland“ beim Ministerium für Staatsicherheit geführt wurde, hat zum Ziel, anhand dieser Biografie zeitgeschichtliche Zusammenhänge darzustellen. Giebeler war einer von drei hauptamtlichen Seelsorgern, die zwar als Theologen, aber nicht als kirchliche Bedienstete, sondern als Zivilangestellte der Volkspolizei in den Gefängnissen der DDR arbeiteten.
Mithilfe seiner Biografie sollen die Strukturen der Gefängnisseelsorge in der DDR, die Schwierigkeiten ihrer Umsetzung, der Einfluss des Staates, der Partei und des MfS auf diese und die kirchenpolitischen sowie theologischen Implikationen im Allgemeinen und anhand der Biografie von Eckart Giebeler im Besonderen untersucht werden. Wilhelm Dilthey, der große Theoretiker der neuzeitlichen Geisteswissenschaften hat betont, alle Geschichtsschreibung strebe zur Biografie. Das Ganze, was Geschichte genannt wird, ist über die Biografie des Einzelnen zu erschließen. Insofern ist ein Forschungsprojekt, welches einen biografischen Zugang wählt, durchaus geeignet, gesamtgesellschaftliche Phänomene darzustellen.
Im Rahmen des Forschungsprojektes wurden Akten aus dem Bundesarchiv, aus dem Archiv der Parteien und Massenorganisationen (SAPMO-BArch), aus dem Evangelischen Zentralarchiv und beim Bundesbeauftragen für die Unterlagen des Staatsicherheitssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) eingesehen. Neben den schriftlichen Überlieferungen wurden außerdem zehn problemzentrierte Zeitzeugen- und Experteninterviews durchgeführt. Diese Interviews haben zum Ziel, die Person Giebeler aus den unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten. Es wurden Interviews mit Vertretern der evangelischen Kirche, katholischen Seelsorgern, ehemaligen Häftlingen und einem Familienangehörigen geführt. Anhand des schriftlichen Materials und der mündlich erfragten Geschichte soll ein möglichst differenziertes Bild der Person Giebeler und dessen zeitgeschichtliche Einordnung erfolgen.
Das Ergebnis des Forschungsprojektes soll in der Schriftenreihe der LAkD in Form einer Publikation mit einem Umfang von etwa 150 Seiten im kommenden Berichtszeitraum veröffentlicht werden.

3.3 Verfolgung von Zeugen Jehovas im NS und in der DDR im Land Brandenburg

In Kooperation mit der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück unterstützt die Aufarbeitungsbeauftragte Forschungen zu den Lebenswegen von Angehörigen der Zeugen Jehovas, die im Nationalsozialismus und in der DDR infolge ihres Glaubens aus politischen Gründen verfolgt wurden. Der Mecklenburger Forscher Falk Bersch hat in zahlreichen Archiven und Behörden die Unterlagen von über einem Dutzend Angehörigen der Zeugen Jehovas zusammengetragen. Alle waren in den Konzentrationslagern Ravensbrück oder Sachsenhausen. Hierfür wurden die meisten von ihnen nach dem Krieg als „Opfer des Faschismus“ bzw. „Verfolgte des Naziregimes“ in der SBZ anerkannt. Ab 1950 verloren sie diesen Status und wurden als Mitglieder einer imperialistischen Agentenorganisation verurteilt. Ziel der Forschungen von Herrn Bersch ist die Aufbereitung der Lebenswege der ausgewählten Angehörigen der Glaubensgemeinschaft, die anschließend in einer Wanderausstellung und einem Buch vorgestellt werden sollen.

3.4 Die evangelischen Kirchenkreise in der Prignitz 1970 – 1990

Die Oppositions- und Widerstandsbewegung der 1980er Jahre in der DDR war eng mit der evangelischen Kirche bzw. einzelnen Gemeinden verknüpft. Vielfach entwickelte sich in den Reihen evangelischer Christen Widerspruch zur Politik der SED, insbesondere in den Fragen des Friedens, der Umwelt und der Menschenrechte. Darüber hinaus nutzten kritische und engagierte Bürger die Strukturen der evangelischen Kirchengemeinden für die Diskussion und die Formulierung ihres Protestes. Dies war nicht nur in Leipzig, Jena und Berlin der Fall, sondern auch in der Prignitz. Das Spannungsverhältnis vom christlich geprägten Leben in einem atheistischen Staat wird in einem Forschungsprojekt thematisiert, welches die Aufarbeitungsbeauftragte gemeinsam mit dem Verein „Geschichte der Prignitz im 20. Jahrhundert e. V." initiierte, und das von den evangelischen Kirchenkreisen von Kyritz, Perleberg und Pritzwalk sowie der EKD und der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördert wurde. Bearbeiter des Projekts war Sebastian Stude und das Manuskript verfasste er gemeinsam mit Dr. Andreas Stirn. Die Entwicklung der Kirchengemeinden zwischen 1970 und 1989 steht im Zentrum der Studie. Zugleich werden die Konfliktfelder zwischen Kirche und Staat herausgearbeitet und der Widerstand einzelner Pfarrer und Gemeindemitglieder gegen die Maßnahmen des SED-Staats und für Frieden und Freiheit beschrieben. Die Studie wird 2016 in der Reihe der Aufarbeitungsbeauftragten veröffentlicht werden.

3.5 Internierte und SMT-Verurteilte in Bad Freienwalde 1945 – 1955

2013 wurde die Aufarbeitungsbeauftragte von einem Bürger aus Bad Freienwalde, dessen Großvater im sowjetischen Speziallager Jamlitz interniert war, um Unterstützung bei der Information der Bevölkerung über die Internierungen deutscher Bürger nach dem Zweiten Weltkrieg durch die sowjetischen Geheimdienste gebeten. Wie auch viele damals Internierte und deren Angehörige noch heute unter dem oftmals unbewiesenen Vorwurf des „Nazi- und Kriegsverbrechers" leiden, fühlte auch er sich und seinen Großvater zu Unrecht verunglimpft. Es entstand dabei die Idee, eine lokale Studie über die aus Bad Freienwalde von sowjetischen Geheimdiensten Internierten und eventuell von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) Verurteilten in Auftrag zu geben. In den Jahren 2014 und 2015 erforschte der Historiker Dr. Andreas Weigelt die Namen und Biographien der in Bad Freienwalde und Umgebung zwischen 1945 und 1955 Verhafteten. Inzwischen liegt eine umfangreiche Datenbank mit Angaben zu 330 Inhaftierten vor. Im laufenden Jahr sollen die Biographien vervollständigt und in einem für das kommende Jahr geplanten Buch veröffentlicht werden. Dr. Weigelt recherchierte in den Unterlagen des Internationalen Suchdienstes des Roten Kreuzes, den Journalen der sowjetischen Speziallagerverwaltungen und den zugänglichen SMT-Urteilen sowie in den Akten der NSDAP im Bundesarchiv und beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR (BStU). Die sowjetischen Vorwürfe wurden aufgenommen und anschließend mit deutschen Aktenüberlieferungen gegengeprüft. Diese Studie vermittelt exemplarisch einen Eindruck von der Inhaftierungspraxis in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wenn auch ihre quantitativen Daten nicht auf das gesamte Territorium der SBZ/DDR und aller von den Sowjets im Untersuchungszeitraum Inhaftierten hochgerechnet werden dürfen. Zumindest für den Untersuchungsraum lässt sich bereits jetzt feststellen, dass gut ein Drittel der Internierten Angehörige der NSDAP waren und nur bei weniger als 15 der Verdacht auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit gerechtfertigt erscheint. Zwei Drittel der Verhafteten wurden wegen Vergehen gegen die Besatzungsmacht interniert und/oder verurteilt. Diese lokale Studie soll anregen, endlich auf empirischer Basis die Biografien der in den sowjetischen Speziallagern in Brandenburg Festgehaltenen zu untersuchen, bevor diese in ihrer Mehrheit weiterhin öffentlich als NS-Angehörige und Kriegsverbrecher bezeichnet werden.

4 Jugendbildung

4.1 Junge Menschen zu kritischen Beobachtern erziehen – Wissensvermittlung und Demokratieerziehung

Die historische Jugendbildungsarbeit im Berichtszeitraum war vielfältig, arbeitsintensiv und in der Zusammenarbeit mit regionalen Kooperationspartnern sehr kreativ. Pädagogische Einrichtungen, die mit jungen Menschen arbeiten, suchten bei der Behörde der Aufarbeitungsbeauftragten Anregungen für die Bearbeitung zeithistorischer Themen, insbesondere für die Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte. Sie haben erkannt, dass historisches Lernen wichtige Schlüsselkompetenzen stärkt und zugleich partizipatives Lernen ist. Damit trägt es unmittelbar zur Wertebildung bei jungen Menschen bei.
Geschichtliches umgibt junge Menschen überall und alltäglich in Bauwerken, durch Menschen älterer Generationen, in Narrationen, Filmen oder Büchern. Es lohnt sich, dies in der pädagogischen Arbeit und bei der Wissensvermittlung zu nutzen. So schärft sich der Blick auf die Umgebung, auf eine Identität in dem Sinne

Plakat Geschichte vor Ort

Schüler des Sängerstadt-Gymnasiums Finsterwalde befragen Ulrike Poppe und Dr. Martina Münch nach ihren Erfahrungen im geteilten und dann vereinten Deutschland.

„Wo komme ich her?“, auf die Auseinandersetzung mit Motiven für unterschiedliches Handeln und mit Fragen der Verantwortung in konkreten politischen Situationen. Dies kann vor allem jungen Menschen helfen, zu verstehen, unter welchen Bedingungen und aus welchen Gründen das gesellschaftliche und politische Umfeld zu dem geworden ist, wie wir es heute erleben. Dabei soll erkennbar werden, dass die gegenwärtige Ordnung Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Gestaltungsprozesse ist, wandelbar, verbesserungsfähig, aber auch verletzlich und gefährdet sein kann. Bei den Schlüsselkompetenzen sind insbesondere die moralisch-reflexiven Kompetenzen (Entscheidungsfähigkeit, Perspektivwechsel) sowie die methodischen Kompetenzen (Umgang mit Zeitzeugen, Quellenarbeit, Mediennutzung) zu nennen.
Der partizipative Effekt beim historischen Lernen entfaltet sich insbesondere im Diskurs sowie in der Kontroverse und führt zur Entwicklung eines eigenen geschichtlichen Bewusstseins.
Erst die Auseinandersetzung mit verschiedenen Quellen und Positionen führt zur Entwicklung eigenständiger Sichtweisen. Ein vorgegebenes Geschichtsbild enthält keinen Lerneffekt, es fördert dagegen eher die Passivität und unkritische Übernahme Meinungen anderer. Aber dies ist nicht das Ziel demokratischer Erziehung, denn möglichst alle Menschen sollen sich mit ihren eigenen Positionen in die Gesellschaft einbringen. Dabei muss auch in Kauf genommen werden, dass diese Positionen von Mehrheitspositionen

abweichen können. Im Umgang mit dieser Offenheit liegt die große pädagogische Herausforderung des Geschichtslernens.
Mit der Errichtung der Behörde der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten im Jahr 2010 standen zuerst der Aufbau, die Erprobung und Verstetigung von Angeboten der historischen Jugendbildungsarbeit im Mittelpunkt, die vor allem in Form von Präsenzveranstaltungen umgesetzt wurden. Dies war notwendig, um zwischen der Behörde, Schulen, anderen Bildungsinstitutionen, Vereinen und Verbänden Kontakte zu knüpfen und Vertrauen zueinander als Basis für stetige Kooperationen zu entwickeln. Ein flächendeckendes Veranstaltungsangebot für alle brandenburgischen Schulen ist bei diesem Ansatz jedoch nicht möglich. Daher stand im Berichtszeitraum die Entwicklung neuer, insbesondere medialer Angebote im Mittelpunkt, durch die möglichst viele Interessenten erreicht werden können.
Daneben wurde das Präsenzangebot qualifiziert und erweitert. Zu erwähnen ist der Abschluss einer Reihe von Kooperationsverträgen mit Schülern der Sekundarstufe 2 im Rahmen des Seminarkurses.

Ein neuer Schritt im Berichtszeitraum war der Besuch der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten beim Landeselternrat (LER), dem obersten schulischen Mitwirkungsgremium der Eltern im Land Brandenburg. Die Landesbeauftragte informierte den LER über die Bildungsangebote ihrer Institution an den Schulen und war sich mit den gewählten Vertreterinnen und Vertretern darüber einig, dass zeithistorische Bildung in Schulen ein wichtiger Bestandteil modernen Unterrichts, auch im Sinne von Werte- und Demokratieerziehung sein muss.
Weitergeführt wurde die Idee gemeinsamer Zeitzeugengespräche der Aufarbeitungsbeauftragten mit dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS). Unter dem Titel „Jugend im geteilten Deutschland“ erzählten die damalige Ministerin für Bildung, Jugend und Sport, Dr. Martina Münch, und die Landesbeauftragte Ulrike Poppe im Frühjahr 2014 bei zwei Veranstaltungen mit Schülerinnen und Schülern in Potsdam und in Finsterwalde von den Prägungen ihrer Jugend im jeweiligen Teil Deutschlands.

Schüler bei einem Projekt im Rahmen des Jugendgeschichtstages

In dem Berichtszeitraum wurden in verschiedenen Teilen des Landes Schülerworkshops durchgeführt, u. a. zu Themen wie Jugendopposition in der DDR oder Jugendwerkhöfe. Diese fanden in Potsdam, Grünheide, Angermünde und Finsterwalde statt. Ebenso wurden Lehrerfortbildungen, insbesondere zum Seminarkurs in der gymnasialen Oberstufe und der Gestaltung von Projekttagen angeboten (Potsdam und Eberswalde).

Inzwischen ist es selbstverständlich geworden, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufarbeitungsbeauftragten in die Angebote des Jugendgeschichtstages, der jährlich im Rahmen des Jugendgeschichtsprogrammes Zeitensprünge stattfindet, einbringen. Eine Mitarbeiterin ist in der Jury des Programmes bei der Auswahl der Projekte vertreten. Im Jahr 2014 bot die Aufarbeitungsbeauftragte einen Stadtrundgang für Jugendliche mit der App „Potsdam 1989. 14 Orte der Friedlichen Revolution“ an, im Jahr 2015 einen Workshop unter dem Thema „Das war schon krass damals. Jugendwerkhöfe in der DDR“.

Plakat Gedenkstättenlehrer

4.2 Kooperation als Königsweg

4.2.1 Gedenkstättenlehrkräfte

Eine hochwertige, die Zielgruppe erreichende Jugendbildungsarbeit ist für die Behörde der Aufarbeitungsbeauftragten ohne Kooperationspartner kaum zu realisieren. Als Behörde hat sie nicht den unmittelbaren Zugang zu Jugendlichen und pädagogischen Multiplikatoren. Daher ist sie permanent auf der Suche nach Partnern und trifft dabei im Land Brandenburg vielfach auf fruchtbaren Boden.
Die wichtigsten Kooperationspartner sind bezogen auf den schulischen Bereich die Gedenkstättenlehrkräfte. Durch ihre gute Vernetzung in die Schulen stellen sie sicher, dass für gemeinsame Lehrerfortbildungen die Fragen thematisiert werden, für die es in den Schulen Interesse und Bedarf gibt und mit denen Innovationen befördert werden können. So sind die Fortbildungen denn auch fast immer sehr gut besucht, was nach früheren Erfahrungen keine Selbstverständlichkeit ist. Immerhin haben die Lehrerinnen und Lehrer eine Vielzahl von Aufgaben zu bewältigen und die Freistellungsmöglichkeiten für die Teilnahme an Fortbildungen sind begrenzt. Zudem helfen die Gedenkstättenlehrkräfte mit, die Angebotsinformationen der LAkD an die Zielgruppen in den Schulen zu vermitteln.
Die besondere Bedeutung der Gedenkstättenlehrkräfte liegt in ihrem Beitrag bei der Umsetzung der Rahmenlehrpläne. Dadurch sind sie nicht nur ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Gedenkstätten und Schulen, sondern auch zwischen der Behörde der Aufarbeitungsbeauftragten und den Schulen.

Was heißt das konkret?

1. Durch die Gedenkstättenlehrkräfte werden die in den Rahmenlehrplänen vorgegebenen Besuche außerschulischer Lernorte im Geschichtsunterricht zu besonderen Lernchancen am historischen Ort, weil sie den Gedenkort und die dort präsentierten Exponate dezidiert vorstellen können und die Kenntnisse darüber so vermitteln, dass sie in die Unterrichtsvorgaben der jeweiligen Jahrgangsstufen gut

integrierbar sind. So können Projekte gemeinsam mit Gedenkstättenlehrkräften als passgenaue Angebote entwickelt werden, die bei den Pädagoginnen und Pädagogen Interesse finden. Insbesondere die Lehrerfortbildungsangebote von LAkD und Gedenkstättenlehrkräften profitieren davon. Dazu erfolgten im Berichtszeitraum mehrere Veranstaltungen mit den Gedenkstättenlehrerinnen in Brandenburg an der Havel und Potsdam.

2. Ein Tätigkeitsschwerpunkt der Gedenkstättenlehrkräfte ist die Zeitzeugenarbeit als wichtiger Bestandteil methodischen Lernens im Geschichtsunterricht. Gedenkstättenlehrkräfte koordinieren die Zeitzeugenarbeit mit Blick auf die Zeitzeugenbetreuung und die Zeitzeugenvermittlung an die Schulen. Zeitzeugen brauchen Ansprechpartner, Begleitung sowie Schulung für den Umgang mit jungen Menschen. Dies stärkt auch ihre Motivation, eine solche ehrenamtliche und persönlich oft schwierige Aufgabe zu übernehmen. Die Schulen wiederum suchen nach Zeitzeugen, die den Anforderungen des Unterrichts gewachsen sind. Bei der Zeitzeugenarbeit gibt es eine Reihe von Berührungspunkten zwischen den Gedenkstättenlehrkräften und der Aufarbeitungsbeauftragten.
3. Die Gedenkstättenlehrkräfte docken in ihrer Arbeit generell an schulischen Prozessen an und sind deshalb in Kollegenkreisen besonders akzeptiert, so dass die Schulen auch zu den Gedenkstätten kommen, weil sie dort auf ausgebildete Lehrkräfte als kompetente Ansprechpartner stoßen, die ihre Angebote an den curricularen Vorgaben ausrichten und die lehrplangemäße Didaktik und Methodik einsetzen.

Im Juni des Jahres 2015 sprach eine Mitarbeiterin der Aufarbeitungsbeauftragten vor dem Ausschuss des brandenburgischen Landtags für Bildung, Jugend und Sport über die Bedeutung der Gedenkstättenlehrkräfte im Kontext zeithistorischer Bildung für junge Menschen. Die Aufarbeitungsbeauftragte setzt sich nach wie vor für deren Fortbestand ein.

4.2.2 Gedenkstätten

Die Zusammenarbeit mit Gedenkstätten, die sich den Opfern der Repressionen von NS- und SED-Diktatur widmen, konnte im Berichtszeitraum ausgebaut werden. Dies betrifft insbesondere die Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt in der Potsdamer Lindenstraße und die Gedenkstätte Ehemaliges Zuchthaus Cottbus. In beiden Gedenkstätten sind Pädagoginnen tätig, in Potsdam unterstützt durch den Verein zur Förderung der Projektwerkstatt, in Cottbus durch den Menschenrechtszentrum e. V. und die Häftlingsgemeinschaft. Diese Pädagoginnen sind wichtige Partnerinnen für die LAkD bei der Entwicklung von Projekten mit jungen Menschen. Mit beiden Einrichtungen wurden im Berichtszeitraum fünf gemeinsame Aktivitäten durchgeführt. Ein Projekt an der Gedenkstätte Cottbus soll hier besonders erwähnt werden. Unter dem Titel „Ohne Wurzel keine Flügel“ bot die Gedenkstätte über ein Jahr lang Bildungsveranstaltungen für junge Mütter an, die sich in einer beruflichen Fördermaßnahme befanden.

Workshop bei „Ohne Wurzel keine Flügel“

Diese Frauen hatten zum Teil schwierige biographische Erfahrungen gemacht und waren an pädagogisch-erzieherischen Themen besonders interessiert. In diesem Rahmen gestaltete die LAkD einen Workshop über die Heimerziehung in der DDR und die jungen Frauen konnten ihre eigenen Erfahrungen in der heutigen Heimerziehung ins Gespräch einbringen.
In der Gedenkstätte in Cottbus wurde auch das zweijährige Projekt „Eingesperrt in Cottbus“ entwickelt, das die LAkD finanziell und fachlich unterstützte. Es wird unter dem nächsten Punkt beschrieben.

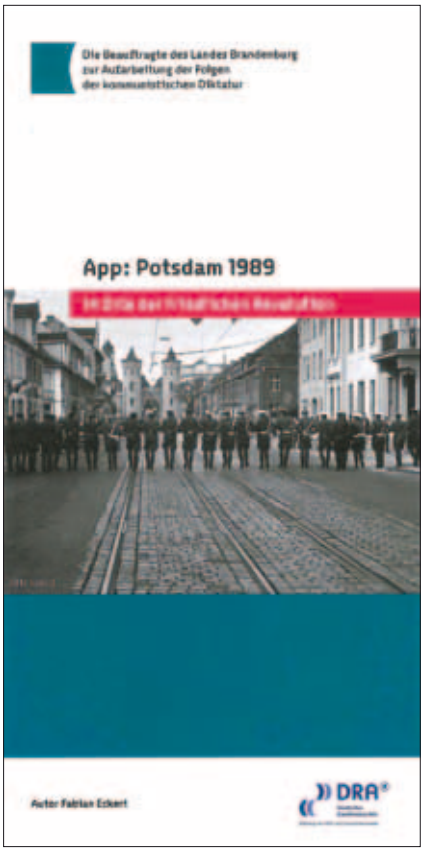
4.3 Bildungsarbeit langfristig denken: Angebote für alle

Die technische Entwicklung im medialen Bereich ist heute so weit fortgeschritten, dass sie den Alltag zunehmend prägt, gerade auch bei den jüngeren Menschen. Damit sind neue Möglichkeiten der Wissenspräsentation und der Anregung zur kreativen, historischen Arbeit entstanden, die nunmehr auch die LAkD nutzt. Der Vorteil sind insbesondere die breite Erreichbarkeit vieler Menschen sowie ein Zugang zu den Angeboten zu jedem beliebigen Zeitpunkt. Daher hat die Aufarbeitungsbehörde ab dem Jahr 2014 ihren Fokus bei der historischen Bildungsarbeit für junge Menschen verstärkt auf die Nutzung neuer Medien ausgerichtet und drei umfassende Projekte initiiert und teilweise bereits umgesetzt.

4.3.1 Smartphone-Applikation „Potsdam 1989. 14 Stationen der Friedlichen Revolution“

Anlässlich des 25. Jahrestags der Friedlichen Revolution ließ die Aufarbeitungsbeauftragte von dem jungen Historiker Fabian Eckert eine Smartphone-App über Orte in Potsdam entwickeln, die Informationen zu den wichtigsten Orten des Umbruchs 1989/90 in Potsdam vermittelt. Dazu wurden Originaltondokumente, audiobasierte Zeitzeugenaussagen sowie Fotos verwendet, die bei einem Stadtrundgang durch Potsdam an dem jeweiligen Ort angeschaut und angehört werden können. Der Rundgang vermittelt viele konkrete Informationen über die damalige Zeit.
Die App kann von Lehrerinnen und Lehrern im Unterricht in Verbindung mit kleineren Exkursionen durch Potsdam eingesetzt werden. Die Schülerinnen und Schüler können selbstständig Orte erkunden und Wissen dazu zusammentragen. Sowohl bei Lehrerfortbildungen als auch in einem Jugendworkshop wurde die Nutzung der App erfolgreich erprobt. Für weiterführende Informationen wurde ein Faltblatt veröffentlicht.
Die App kann so heruntergeladen werden:

- auf www.guidemate.com oder im App-Store bzw. im Google Playstore die kostenlose App guidemate.com herunterladen
- mit der Suchfunktion (Lupe rechts unten) nach Potsdam suchen
- die Rubrik Potsdam, Brandenburg, Deutschland anklicken
- die App „Potsdam 1989“ auswählen und direkt online verwenden oder kostenlos herunterladen – die App ist für Android- und Apple-Smartphones nutzbar



Das Infoblatt für die App zu den Orten der Friedlichen Revolution in Potsdam, was u. a. in den Tourismusbüros der Landeshauptstadt Potsdam ausliegt.

4.3.2 Webbasiertes Zeitzeugenportal

Das Zeitzeugenportal „Unrechts- und Widerstandserfahrungen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR auf dem Gebiet des heutigen Landes Brandenburg“ wird in den Jahren 2015 und 2016 aufgebaut und Anfang des Jahres 2017 freigeschaltet. Ein im Jahr 2014 formulierter Antrag zur Finanzierung aus Mitteln aus dem sogenannten Mauerfonds wurde positiv beschieden und seitdem laufen die Arbeiten daran auf Hochdruck.
Das Zeitzeugenportal soll über die historischen Ereignisse im Land Brandenburg zwischen 1945 und 1989 aufklären und entsprechende Quellen präsentieren. Insbesondere sollen die Lebenserfahrungen von Zeitzeugen im Kontext verschiedenster Ereignisse in Form von Kurzfassungen audiovisueller Zeitzeugeninterviews der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Dazu gibt es erläuternde Texte und Dokumente zu den jeweiligen zeithistorischen Rahmenbedingungen sowie Quellen, die die einzelnen Zeitzeugen zur Verfügung stellten. In einem ersten Schritt werden ca. 50 Zeitzeugenfilme zu vier Themenbereichen angeboten: Haft in sowjetischen Speziallagern, der Volkaufstand 1953 in Brandenburg, die Folgen des Mauerbaus für die Brandenburgerinnen und Brandenburger und die Heimerziehung in der DDR auf brandenburgischem Gebiet.
Eine technische Besonderheit des Projektes wird sein, dass die ausführlichen Rohfassungen aller lebensgeschichtlichen Interviews über einen digitalen Langzeitspeicher dauerhaft gesichert und für die wissenschaftliche Arbeit zur Verfügung gestellt werden. Somit sind diese Zeitzeugenaussagen und die entsprechenden Dokumente als historische Quellen auch für nächste Generationen nutzbar.
Das Portal soll ermöglichen, dass Pädagoginnen und Pädagogen jederzeit auf Zeitzeugenaussagen zurückgreifen und damit ihre Arbeit anschaulich und interessant gestalten können. Zudem ist der technische und organisatorische Aufwand des Einsatzes in der pädagogischen Arbeit gering und damit für jeden zugänglich. Auch Schülerinnen und Schüler können das Webportal für Recherchen, vertiefende Informationen oder das Verfassen von Hausarbeiten nutzen.

4.3.3 „Eingesperrt in Cottbus“ – Multimedia-Materialsammlung für den Unterricht

Die LAkD beteiligte sich auch inhaltlich wie finanziell an einem von der Bildungsreferentin der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus initiierten Projekt, das Schulen und anderen Bildungsträger die Möglichkeit geben soll, sich im Vorfeld eines Gedenkstättenbesuchs mit der politischen Haft in der DDR und speziell im Zuchthaus Cottbus auseinanderzusetzen und dies mit der Menschenrechtsfrage zu verknüpfen. Es kann auch durch Schulen genutzt werden, die aus Gründen der Entfernung keine Möglichkeit für einen Gedenkstättenbesuch in Cottbus haben.
Im Mittelpunkt stehen kurze audiovisuelle Interviews mit ehemaligen Häftlingen sowie von ihnen zur Verfügung gestellte Dokumente und Fotos. Ergänzt wird das Material durch Unterrichtshilfen für Lehrkräfte und Schülerarbeitsbögen. Es ist didaktisch so aufbereitet, dass es unmittelbar für den Unterricht, insbesondere in

Arbeitsgruppe Multimediakonzept „Eingesperrt in Cottbus“

den Fächern Geschichte und Politische Bildung, genutzt werden kann und keine umfänglichen Vorarbeiten durch die Lehrkräfte notwendig sind. In einzelnen Fällen werden auch literarische Texte der Zeitzeugen einbezogen, so dass auch ein Einsatz im Deutschunterricht möglich ist. Gespeichert auf USB-Sticks und ergänzt durch eine Handreichung in Printform soll es interessierten Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Das Projekt wurde inhaltlich durch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Lehrkräften, Vertretern der Gedenkstätte und der Aufarbeitungsbeauftragten, erarbeitet. Die Finanzierung erfolgte über die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. und die LAkD. Es wird im Frühjahr 2016 abgeschlossen.

4.4 Aussichten für die Zukunft

4.4.1 Bildungsauftrag versus Kontroversität? Unterstützung bei der Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte

Die im Jahr 2015 entwickelte Konzeption zu dem Projekt „Bildungsauftrag versus Kontroversität? Pädagogische Haltungen und methodische Ansätze in der Vermittlungsarbeit an Erinnerungsorten zur Geschichte der SBZ und DDR“ soll in den Jahren 2016 und 2017 umgesetzt werden. Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der LAkD werden Formate für Fortbildungen entwickelt, die insbesondere Lehrkräften und Mitarbeitern in Jugendgeschichtsprojekten bei der Qualifizierung ihrer Arbeit dienen sollen. Ziel ist eine stärkere Einbeziehung historischer und musealer Orte der DDR-Geschichte in das historische Lernen mit jungen Menschen. Angestrebt wird historisches Lernen als offenes Lernen zur Förderung eigener Urteilsfähigkeit junger Menschen zu politisch-historischen Fragen. Projektträger ist die gemeinnützige GmbH Socius Organisationsberatung, die bereits umfangreiche Erfahrungen mit Lehrerfortbildungsprogrammen zu Orten der NS-Geschichte hat.
Die Behörde der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten ist fachlich in das Projekt eng einbezogen. Im Vorfeld fand im November 2015 ein mehrtägiger Workshop „Geschichte zum Anfassen?! Die Vermittlung der DDR-Geschichte an historischen Orten“ in Weimar statt, an dem sich zukünftige Projektpartner beteiligten.

4.4.2 Beharrlichkeit bei der Umsetzung von Angeboten und Suche nach weiteren Kooperationspartnern

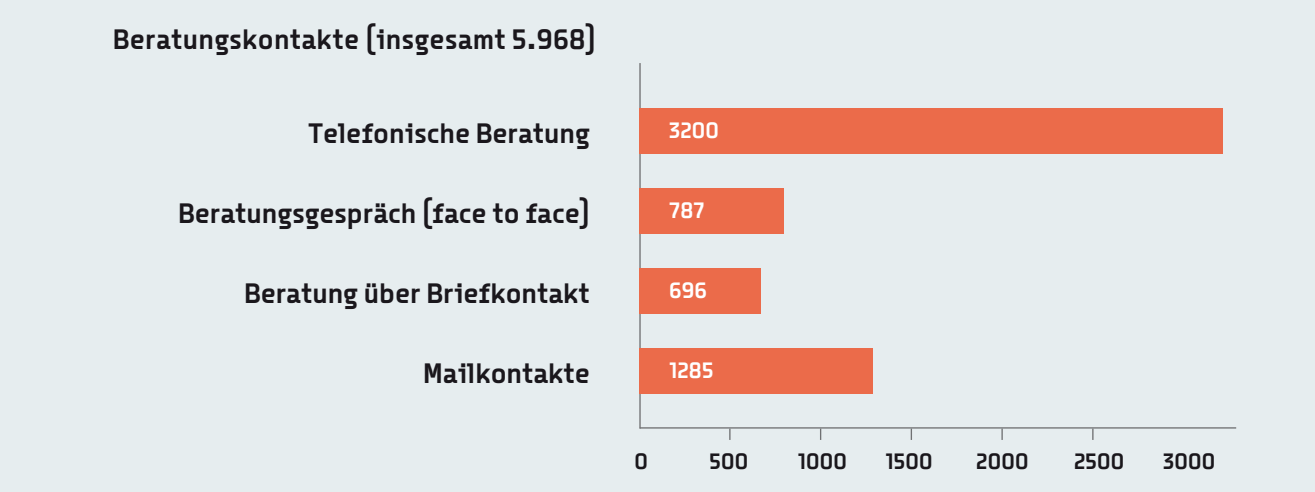
Gestärkt durch die Empfehlungen der Enquete-Kommission 5/1 wird es auch in den nächsten Jahren eines der wichtigsten Ziele der Aufarbeitungsbeauftragten sein, pädagogische Angebote für die nachwachsenden Generationen zu entwickeln und Multiplikatoren zu stärken. Dazu bedarf es immer wieder neuer Partner vor Ort, die insbesondere über eine aktive Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden sollen. Zugleich wird sich die LAkD weiterhin dafür einsetzen, bestehende Strukturen, die qualitativ hochwertige Bildung anbieten, zu stärken. Dazu gehören die Gedenkstättenlehrkräfte ebenso wie frühere Fachberater für das Fach Geschichte, die trotz Abschaffung dieser Funktion weiterhin engagiert im zeitgeschichtlichen Bereich tätig sind. Stärker ausgebaut werden soll die Zusammenarbeit mit den angehenden Lehrerinnen und Lehrern, die sich in der zweiten Ausbildungsphase, dem Referendariat, befinden. Gezielt für diese Gruppe sollen Fortbildungsangebote entwickelt werden.

5 Die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern und Behörden im Land Brandenburg

5.1 Schwerpunkte der Bürgerberatung

Auch 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution erreichen die Bürgerberatung täglich durchschnittlich 13 Anfragen von Ratsuchenden. Diese unvermindert hohe Anzahl von Beratungsanfragen führte zu erhöhter Arbeitsbelastung, zumal die personellen Kapazitäten im Berichtszeitraum krankheitsbedingt eingeschränkt waren. Die Anzahl der dezentralen Beratungstermine musste deshalb verringert werden. Oftmals waren auch lange Bearbeitungszeiten nicht zu vermeiden. Statistisch erfasst wurden insgesamt 5.968 Beratungskontakte im Berichtszeitraum. Ein Teil der Kontakte betraf einmalige Nachfragen und Bitten um Unterstützung. Zum überwiegenden

Teil ergeben sich daraus jedoch längerfristige Bearbeitungsvorgänge, die oftmals über mehrere Jahre andauern, wie z. B. Anerkennungsverfahren von gesundheitlichen Verfolgungsschäden oder schwierige Rehabilitierungsverfahren. Der Anteil der längerfristig zu bearbeitenden Beratungsfälle ist im Vergleich zum vorigen Berichtszeitraum mit insgesamt 1.135 Ratsuchenden in etwa gleich geblieben. Trotz des hohen Durchschnittsalters der Ratsuchenden ist der Anteil der Email-Kommunikation erstaunlich angestiegen. Diese Form stellt für viele Ratsuchende und auch für die Bürgerberatung eine große Erleichterung dar, da auf diese Weise Fragen schnell beantwortet und Hinweise gegeben werden können.



- Immer noch ist die Beantragung der Einsicht in die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit eines der häufigsten Anliegen. Zunehmend wollen auch Kinder und Enkel sowie Ehepartner ehemals politisch Verfolgter Einsicht in die Akten der Verstorbenen nehmen und benötigen für diese spezielle Beantragung eine Beratung. Der Zugang für Angehörige Verstorbener wurde nach der letzten Novellierung des Stasiunterlagengesetzes (StUG) erleichtert, ist jedoch seitens der BStU-Behörde mit hohen Hürden versehen.

- Eine große Gruppe von Ratsuchenden berichtet in den Gesprächen von gravierenden gesundheitlichen Problemen. An erster Stelle nannten die Ratsuchenden psychische Belastungen wie Ängste, Depressionen, Schlaflosigkeit, Konzentrationsstörungen, Vermeidungszwänge, Bindungsstörungen sowie starke Erregungszustände, unter denen sie leiden. Alle diese Störungsbilder können im Zusammenhang mit den traumatischen Erfahrungen während der politischen Verfolgung stehen. Die Beratung zu dieser Thematik gestaltet sich oftmals schwer, weil bisher im Land Brandenburg auf keine ausreichend fachliche, psychosoziale Versorgung in Wohnortnähe verwiesen werden kann.

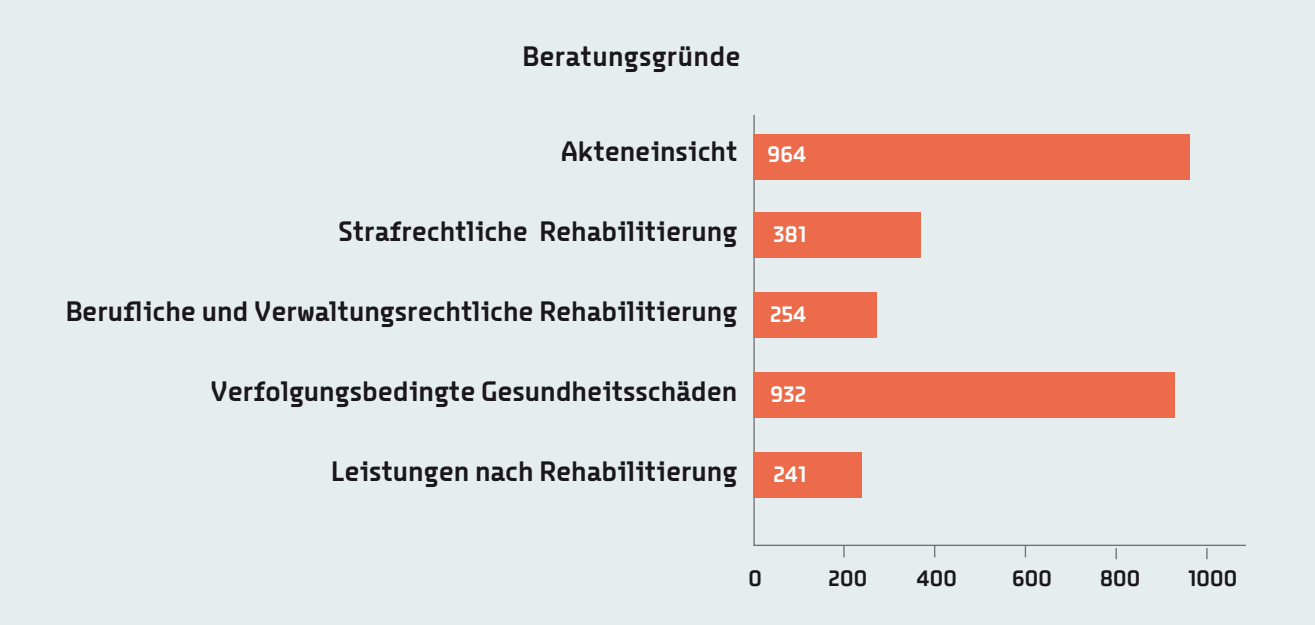
- Im höheren Maße als zuvor wurden Anfragen von ehemaligen Heimkindern an die Bürgerberatung gestellt, die sich auf Aktenrecherche und die Prüfung von strafrechtlichen Rehabilitierungsmöglichkeiten sowie die Unterstützung in begonnenen Rehabilitierungsverfahren bezogen. Angesichts der oftmals fehlenden Unterlagen sind die entsprechen den Recherchen sehr arbeitsaufwendig.

- Im Berichtszeitraum erarbeitete die Bürgerberatung auf Anfrage von Ratsuchenden 27 Stellungnahmen in strafrechtlichen, beruflichen und verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsverfahren, in Verfahren der Leistungsbewilligung nach erfolgter Rehabilitierung und zur Unterstützung in Anerkennungsverfahren von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Antragstellerinnen und Antragsteller nutzten die von der Bürgerberatung erstellten Erläuterungen zur DDR-Geschichte und

zu angewandten Repressionsmethoden in Beschwerde- und Widerspruchsverfahren vor rehabilitierenden Gerichten und Behörden sowie dem Landesversorgungsamt. Zwölf Stellungnahmen wurden in strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren verwendet und acht in Anerkennungsverfahren von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden. Für die Landgerichte Berlin und Dresden wurden mehrmals Anfragen mit ausführlichen Stellungnahmen beantwortet. Diese betrafen hauptsächlich die Lebenssituation in konkreten Heimen der Jugendhilfe im Land Brandenburg, die Praxis der Heimeinweisung sowie die in Spezial-, Sonder- und Durchgangsheimen herrschenden Bedingungen. Auch das Bundesverfassungsgericht holte im Zusammenhang mit der Bearbeitung einer Beschwerde einer Brandenburgerin, die sich durch das Rehabilitierungsverfahren in ihren Grundrechten verletzt fühlt, ausführliche Informationen zum Durchgangsheim Bad Freienwalde ein.

- Schwierig gestaltete sich immer wieder der Umgang mit Bitten um Unterstützung bei der Überprüfung von bereits seit langem rechtskräftig abgelehnten Rehabilitierungen. Meist fühlen sich die Antragstellerinnen und Antragsteller durch den ablehnenden Begründungstext missverstanden und verletzt und können das Ergebnis auch nach vielen Jahren nicht annehmen. In einigen Fällen führte die Rehabilitierungsablehnung sowie die in der Vergangenheit fehlende Möglichkeit einer Beratung zu Retraumatisierungen mit anhaltenden psychosozialen Folgen. Die Betroffenen werten die Ablehnung ihrer Rehabilitierungsanträge als Weigerung des Rechtstaats, die erlittene politische Verfolgung als Unrecht anzuerkennen. In den meisten Fällen konnte trotz intensiver Beratungsbemühungen weder Abhilfe geschaffen noch konnten Möglichkeiten zur Entlastung gefunden werden.

- Ein wesentlicher Teil der Anfragen und Bitten um Unterstützung betraf Probleme der Leistungsbewilligung nach erfolgter Rehabilitierung. Die Ratsuchenden haben manchmal den Eindruck, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der regionalen leistungsbewilligenden Behörden nicht ausreichend über die Regelungen für ehemals politisch Verfolgte und Rehabilitierte informiert sind. Da die Anzahl der Leistungsberechtigten in den Kommunen und Landkreisen relativ klein ist, sind die dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nur selten mit den ehemals politisch Verfolgten in Kontakt und wohl auch mit der Spezifik von Folgeleistungen, die sich aus den Rehabilitirungsgesetzen ergeben, weniger vertraut.



5.2 Strafrechtliche Rehabilitierung

Im Berichtszeitraum wandten sich 381 Bürgerinnen und Bürger mit Fragen zur strafrechtlichen Rehabilitierung an die Landesbeauftragte. In ungefähr der Hälfte aller Fälle erkundigten sich ehemalige Heimkinder nach Möglichkeiten der Rehabilitierung oder baten um Unterstützung in einem laufenden Verfahren.
Während es sich bei den ehemaligen Heimkindern vor allem um Erstberatungen zur strafrechtlichen Rehabilitierung handelte, überwogen ansonsten Fragen zu laufenden bzw. zur Wiederaufnahme bereits abgeschlossener Verfahren.
Bereits im ersten Tätigkeitsbericht wies die Landesbeauftragte darauf hin, dass in einer Vielzahl der abgelehnten Rehabilitierungsanträge die Verfahrenspraxis der Gerichte den Anforderungen des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes nicht genügten (Fall: Frau D., S. 41 f., Fall: Herr T., S. 39 f.). Beide Fälle wurden nach ablehnenden Entscheidungen den Verfassungsgerichten vorgelegt. Beide Gerichte kamen zu dem Ergebnis, dass die Beschwerdeführer durch die Beschlüsse der Rehabilitierungskammern in ihren Grundrechten verletzt wurden. Gerügt wurde in beiden Fällen der unkritische Umgang mit DDR-Unterlagen, die ungenügende Sachverhaltsaufklärung durch das Nichteinbeziehen von Zeugen, Sachverständigen und anderen Quellen. Die Landesbeauftragte erhielt im Berichtszeitraum eine Vielzahl Anfragen zu dieser Problematik.
Besonders problematisch ist dies, wenn es um die Rehabilitierung von Verurteilungen wegen Rowdytums (§ 215 StGB-DDR) oder asozialen Verhaltens (§ 249 StGB-DDR) geht. Diese sogenannten „Gummiparagraphen“ dienten neben der Sanktionierung kriminellen Verhaltens insbesondere auch zur Unterdrückung politisch Andersdenkender. Um die Gerichtsakten aus der DDR-Zeit bewerten zu können, sind spezifische Kenntnisse über die politisch motivierte Verwendung dieser Strafrechtsparagraphen und ein kritisch analytischer Blick auf die Formulierungen des DDR-Urteils erforderlich.

Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder

Als vorteilhaft bezüglich der strafrechtlichen Rehabilitierung von Heimkindern erwies sich die Angliederung der Anlaufstelle des Fonds „Heimerziehung in der DDR“ (AuB) an die Dienststelle der Landesbeauftragten. Im Rahmen der Gespräche über Hilfen aus dem Heimkinderfonds bekamen die Betroffenen immer dann die Empfehlung, sich auch an die Bürgerberatung zu wenden, wenn sich aus den Gesprächen Hinweise auf Rehabilitierungsmöglichkeiten ergaben.
Beispiele strafrechtlicher Rehabilitierung ehemaliger Heimkinder in der DDR

Fallbeispiel 1
Herr P. verbrachte zweieinhalb Jahre seiner Kindheit in einem Heim der DDR-Jugendhilfe und wandte sich aufgrund des damals Erlebten zuerst an die Anlaufstelle für den Fonds „Heimerziehung in der DDR“ (AuB).
Im Gespräch schilderte Herr P. die Umstände, unter denen er damals ins Kinderheim eingewiesen wurde. Seine Mutter war kurz vor seiner Heimeinweisung verhaftet und aus politischen Gründen zu zwei Jahren Haft verurteilt worden. Im Jahr 2000 wurde sie rehabilitiert. Herr P. war ein eher unauffälliges Kind mit guten Noten. Weshalb er damals ins Heim eingewiesen wurde, war ihm bis dahin rätselhaft, zumal es Verwandte gab, die ihn während der Abwesenheit seiner Mutter gern aufgenommen hätten.
Deshalb wurde Herrn P. von der AuB empfohlen, sich über die Möglichkeit einer strafrechtlichen Rehabilitierung bei der Bürgerberatung der LAkD zu erkundigen. Mit deren Unterstützung stellte Herr P. einen sachgerechten Antrag beim zuständigen Landgericht. Einige Zeit später teilte Herr P. der Landesbeauftragten mit, dass das Landgericht beabsichtigte, seinen Antrag abzulehnen. Bei der Akteneinsicht stellte sich heraus, dass der damalige Einweisungsbeschluss für Herrn P. noch existierte. In einem Anschreiben erläuterte die Landesbeauftragte dem Gericht die Zusammenhänge und konnte mit Hinweis auf die pauschalen und floskelhaften Formulierungen sowie haltlosen Behauptungen im Einweisungsbeschluss zur Feststellung des Gerichts beitragen,

dass die damalige Einweisung von Herrn P. nicht dem Kindeswohl gedient hat, sondern vielmehr aus politischen Gründen erfolgte.
Herr P. wurde vom Landgericht vollumfänglich rehabilitiert.

Fallbeispiel 2
Die Mutter von Frau A. gab 1952 ihre damals 7jährige Tochter aus einer persönlichen Notsituation heraus vorübergehend in die Obhut der DDR-Jugendhilfe. Da sie in der DDR keine Perspektive mehr für sich sah, verließ sie die DDR und siedelte sich in Kassel an. Sie nahm dort eine Arbeit auf, bezog eine Wohnung und heiratete. Den Kontakt zu ihrer Tochter ließ sie während der gesamten Zeit nicht abreißen. 1957 fühlte sie sich bereit, ihre nunmehr 12jährige Tochter – wenn auch erstmal nur besuchsweise - zu sich nach Kassel zu holen. Obwohl das Jugendamt in Kassel bestätigte, dass alle häuslichen und familiären Voraussetzungen vorlägen, um das Kind wieder zur Mutter zurückzuführen, verweigerte die DDR-Jugendhilfe dessen Übersiedlung zur allein sorgeberechtigten Mutter. Aus Sicht der DDR-Verantwortlichen hatte sich die Mutter von Frau A. durch ihren damals unerlaubten Grenzübertritt strafbar gemacht. Es war gängige Praxis in der DDR, „unabgemeldet“ in die Bundesrepublik übergesiedelten Eltern ihre Kinder vorzuenthalten. Eine gesetzliche Grundlage für dieses Vorgehen gab es nicht.
Frau A. beantragte die strafrechtliche Rehabilitierung für den Zeitraum zwischen dem 1957 gestellten Antrag ihrer Mutter, ihr Kind zurückzubekommen, und ihrem 18. Lebensjahr. Bis dahin sei sie rechtsstaatswidrig in einem DDR-Kinderheim festgehalten worden. Das Brandenburgische Oberlandesgericht bezog sich in seinem ablehnenden Beschluss vom Dezember letzten Jahres lediglich auf die 1952 auf Bitten der Mutter zeitweilig erfolgte Inobhutnahme ihrer Tochter. Hierin sieht das Gericht berechtigterweise keine politische Verfolgung. Der Vortrag von Frau A. verwies aber darauf, dass die ursprünglichen Einweisungsgründe spätestens ab 1957 weggefallen waren. Allein mit dem Hinweis auf die alten DDR-Jugendhilfeakten, denen zufolge es keinen Anhaltspunkt für eine rechtsstaatswidrige Unterbringung von Frau A. gegeben habe, wurde der Reha-Antrag abgelehnt. Historische Gegebenheiten blieben in der Entscheidung unberücksichtigt, weitere Erkenntnisquellen wurden nicht hinzugezogen. Das Ziel des Gesetzgebers, die fortdauernde Wirkung von rechtswidrigen Beschlüssen der DDR-Behörden zu durchbrechen, wird verfehlt.

5.3 Berufliche und verwaltungsrechtliche Rehabilitierung

Ein großer Teil der Beratungsanfragen im Bereich der beruflichen Rehabilitierung resultiert aus den Rentenklärungsprozessen vor Eintritt in die Altersrente. Hier weisen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rentenversicherer die Betreffenden darauf hin, bestehende Rentenlücken zu schließen und gegebenenfalls, wenn eine berufliche Diskriminierung zugrunde lag, einen Antrag auf berufliche Rehabilitierung zu stellen. Ob eine solche Antragstellung sinnvoll ist, wird im Rahmen der Beratungsgespräche geprüft. Oftmals gestaltet sich für die Antragstellerinnen und Antragsteller die Suche nach Beweismitteln für die beruflichen Behinderungen als schwierig. Dokumente, die den politischen Charakter der staatlichen Eingriffe in die Ausbildung und Berufsausübung belegen, sind aufgrund der oft lang zurückliegenden Verfolgungssituation schwer zu beschaffen. In den meisten Fällen sind die Gründe beruflicher Benachteiligungen und Entlassungen unzureichend, verfälscht oder gar nicht dokumentiert worden, um den politischen Charakter zu verschleiern. Der Gesetzgeber räumte 1993, angesichts der bekannten Nachweisschwierigkeiten ein, dass im Rahmen des Verwaltungsverfahrens zur Beweiserhebung auch Zeugen und Gutachten hinzugezogen werden können, und dass die Glaubhaftmachung auch über die Abgabe einer eidesstattlichen Erklärung der Antragstellerin bzw. des Antragstellers erfolgen kann. Nach den Erfahrungen in der Bürgerberatung der Landesbeauftragten nutzen die gegenwärtig damit befassten Behörden zu selten die gesetzlichen Möglichkeiten der Beweiserleichterung nach § 25 Abs. 1 und 2 BerRehaG.

5.4 Verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden

Die Mehrheit der Ratsuchenden hat erhebliche gesundheitliche Probleme, die zumeist als Folgen politischer Verfolgung benannt werden. Meist handelt es sich dabei um psychische Belastungen und Erkrankungen. Trotz der damit verbundenen gravierenden Einschränkungen der Lebensqualität suchen viele der Betroffenen nur das Gespräch und haben nicht die Kraft und das Vertrauen in die Ämter, um ein Anerkennungsverfahren ihrer Verfolgungsschäden beim Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) anzustrengen. So stehen einer großen Anzahl Betroffener mit hohem Leidensdruck verhältnismäßig geringe Antragszahlen beim LASV gegenüber (2014: 13 Anträge, 2015: 14 Anträge). Häufig entschieden sich Betroffene gegen eine Antragstellung, weil sie zuvor von belastenden Erfahrungen während des Verfahrens, insbesondere der Begutachtung, durch andere Betroffene gehört hatten. Davon abgeschreckt nimmt ein Großteil der gesundheitlich Geschädigten die gesetzlichen Möglichkeiten nicht wahr. Die Aufarbeitungsbeauftragte setzt sich dafür ein, dass Aufträge zur Begutachtung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden von dem LASV künftig nur noch an Sachverständige vergeben werden, die eine spezielle, dafür geeignete Qualifikation nachweisen können. Diese beinhaltet sowohl die neuesten Ergebnisse der Trauma-Forschung und die Besonderheiten psychischer Folgeschäden nach politischer Haft, wie auch Kenntnisse über Struktur, Funktion und Wirkungsweise des Repressionssystems in der DDR.

Beispiel Herr V.
Im Februar 1988 saß Herr V. mit seiner Familie auf gepackten Koffern. Das Haus war, wie von den Behörden gefordert, an eine benannte Person verkauft worden. Das Geld war auf einem Sonderkonto der DDR eingegangen. Die Familie erwartete jeden Tag, ausreisen zu dürfen. Als Herr V. im Rat des Bezirkes Berlin-Hellersdorf noch einmal vorstellig wurde, kam es zur Verhaftung. Über einen langen Zeitraum ließ man ihn im Unklaren, was mit seiner Frau und Tochter geschehen war. Nach der Verurteilung wegen sogenannter Behinderung staatlicher Tätigkeit kam er über Umwege in den Strafvollzug nach Cottbus. Hier war er ca. acht Monate den Schikanen und Misshandlungen durch den Gefängniswärter Horst Jahn, alias „Arafat“, ausgesetzt. Inzwischen ist seinem Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung stattgegeben worden, das Urteil wurde für rechtstaatswidrig erklärt und aufgehoben, für die Haftzeit wurde er entschädigt. In den vergangenen Jahren hatte sich der Gesundheitszustand von Herrn V. zunehmend verschlechtert, so dass er 2014 einen Antrag auf Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden an das LASV stellte. Darin machte er geltend, dass er u. a. unter starker Migräne, Schlafstörungen und eingeschränkter Leistungsfähigkeit leide und dadurch seine Lebensqualität stark gemindert sei. Trotz seiner Schilderung während des Gutachtergesprächs und eines schriftlich eingereichten Berichts missverstand der Gutachter die geschilderten Gefangenenmisshandlungen als einmalige Tat eines kriminellen Häftlings und war nicht bereit, eine schwere psychische Dauerbelastung während der Haftzeit in Cottbus anzuerkennen. Das LASV erkannte als Folge der Haft lediglich Schlafstörungen an und legte einen Grad der Schädigung von 10 % fest. In diesem Verfahren wurden die konkreten Verfolgungsbedingungen und Repressionsmethoden und die gerade in der Haftanstalt in Cottbus jahrzehntelang geduldeten Gefangenenmisshandlungen nicht erkannt. Das führte dazu, dass die Symptome, unter denen Herr V. leidet, nicht ursächlich dem Haftgeschehen zugeordnet werden konnten.
Herr V. wandte sich daraufhin an die Bürgerberatung, da er sich weder verstanden noch ernst genommen fühlte. Im Widerspruchsverfahren nahm auf Bitten von Herrn V. die Bürgerberatung zum Thema Gefangenenmisshandlungen in DDR-Gefängnissen Stellung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufarbeitungsbeauftragten gingen in ihrer Stellungnahme auch auf das Gerichtsurteil von 1999 gegen den Schließer Horst Jahn wegen der Misshandlung von Häftlingen im Cottbuser Gefängnis ein. Nach Überprüfung der Entscheidung durch das LASV wurde in einem Änderungsbescheid der Grad der Schädigung nun mit 30 % festgelegt.

Das Beispiel zeigt, wie begründet die Handlungsempfehlung der Enquete-Kommission 5/1 des brandenburgischen Landtags ist, nur speziell ausgebildete und zertifizierte Sachverständige mit der Begutachtung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden gemäß § 21 StrRehaG und § 3 VwRehaG zu beauftragen.

5.5 Die Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV) und Gerichten im Land Brandenburg

Die Zusammenarbeit mit dem LASV hat sich im Berichtszeitraum vertieft und verstetigt.
Im Oktober 2014 wurde die 2. Fachtagung zum Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz unter Mitwirkung der LAkD durchgeführt. Unter dem Titel „Gutachterliche Bewertung von Traumafolgestörungen“ fand ein reger Austausch über Probleme der Anerkennungsverfahren von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, Fragen der Begutachtung und rechtlicher Aspekte statt. Eingeladen waren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LASV und des Berliner Landesamtes für Gesundheit und Soziales sowie Gutachter. Es wurden konkrete, anonymisierte Beispielfälle zur Diskussion gestellt und unterschiedliche Bewertungen ausgetauscht.
2015 fanden zwei weitere gemeinsame Weiterbildungsveranstaltungen des LASV und der LAkD mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Frankfurt (Oder) statt. Im Februar 2015 ging es um die Stasi-Untersuchungshaft und die gesundheitlichen Folgen für die ehemaligen Häftlinge. Im September standen im Mittelpunkt des Austauschs der Trauma-Prozess und seine Dynamik. Nach einem Impulsreferat einer Mitarbeiterin der Aufarbeitungsbeauftragten entwickelte sich ein für beide Seiten wichtiger Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit dem Ziel, Verständnis für die jeweilige Herangehensweise zu finden und im Interesse der wenigen Antragsteller, die sich jährlich an das LASV wenden, Verfahrenshürden abzubauen. Am letzten Austausch nahmen außerdem erstmals zwei Gutachter teil. Diese gemeinsamen Veranstaltungen sollen auch 2016 weitergeführt werden.

5.6 Die dezentrale Beratung

Aufgrund des hohen Krankenstandes im Berichtszeitraum war es den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Bürgerberatung nicht möglich, die hohe Anzahl an dezentralen Beratungsangeboten der frühen Jahre aufrechtzuerhalten. Trotzdem konnten im Berichtszeitraum 636 Bürger die Möglichkeit der Vor-Ort-Beratung nutzen. Die Nachfrage nach Beratungsangeboten im Land ist unvermindert.
Im Zentrum stand auch im Zeitraum 2014/2015 die Beratung zur Einsichtnahme in die vom MfS zur eigenen Person angelegten Akten. Außerdem wandten sich viele Ratsuchende an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Fragen zur strafrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung. Sie erkundigten sich über die sich daraus ergebenden Leistungsansprüche, wie der besonderen Zuwendung für ehemalige Haftopfer (Opferpension) oder der Ausgleichsleistung nach dem Beruflichen Rehabilitierungsgesetz. Im Rahmen der strafrechtlichen Rehabilitierung war der Beratungsbedarf ehemaliger DDR-Heimkinder weiterhin hoch. Ein weiterer Schwerpunkt war die Vermittlung psychosozialer Hilfen. Dabei zeigte sich erneut, dass viele dieser Menschen immer noch dabei sind, die damaligen Erlebnisse zu verarbeiten.

Kooperation mit dem vor Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU):
Die im vorhergehenden Berichtszeitraum begonnene erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Außenstelle Frankfurt (Oder) des BStU wurde weiter intensiviert und verstetigt. Das erweiterte Beratungsangebot wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern gern genutzt, um sich neben der Antragstellung auf Einsichtnahme in ihre Stasi-Unterlagen nach Rehabilitierungsmöglichkeiten für erlebtes Unrecht zu erkundigen.

Fallbeispiel: Rehabilitierung des § 249 StGB-DDR (asoziales Verhalten)
Frau L. wandte sich im Rahmen einer dezentralen Beratung an die brandenburgische Aufarbeitungsbeauftragte. Durch die Presse erfuhr sie

von der Existenz der Landesbeauftragten sowie der Möglichkeit, sich im örtlichen Rathaus zum Thema DDR-Unrecht beraten zu lassen. Lange Zeit war Frau L. nicht in der Lage, sich mit dem in der DDR Erlebten auseinanderzusetzen. Zu tief waren die Wunden. Erst nachdem sie begonnen hatte, ihre Vergangenheit mit Hilfe einer Psychotherapeutin aufzuarbeiten, sah sie sich den emotionalen Belastungen eines Rehabilitierungsverfahrens gewachsen. Sie wurde als 18-jährige wegen angeblichem asozialem Verhalten zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt.
Frau L. war eine gute Schülerin, bekam jedoch im Anschluss an die Schule keine ihren Neigungen entsprechende Lehrstelle als Dekorateurin oder Glasmalerin, sondern eine in der DDR zwar sehr begehrte, aber eher unkreative Lehrstelle im Buchhandel. Im Alter von 17 Jahren lernte sie ihren ersten Freund kennen, welcher nicht den Vorstellungen ihrer Eltern entsprach. Sie wurde zu Hause und auf ihrer Arbeitsstelle häufig mit Vorwürfen zu ihrer Partnerwahl konfrontiert. Daraufhin fing sie an, diese beiden Orte, an denen ihr ständig Fehlverhalten vorgeworfen wurde, zu meiden. Sie übernachtete nicht mehr im elterlichen Haushalt und ging nicht mehr regelmäßig zur Arbeit, was zu weiteren Konfrontationen führte. Im Sommer unternahm sie ohne das Einverständnis ihrer Eltern eine Urlaubsreise. Aus Angst vor Bestrafung zögerte sie die Rückkehr um eine Woche hinaus. Zu Hause wurde sie erneut mit Vorwürfen konfrontiert, so dass sie ihr Elternhaus verließ und anfing, kreuz und quer durch die DDR zu reisen Dabei lernte sie andere Jugendliche kennen, die ähnlich dachten wie sie. Gemeinsam schlugen sie sich irgendwie durch und zeigten ihre Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen in der DDR unter anderem dadurch, dass sie Ausreiseantragstellern halfen, die persönlichen Sachen, welche diese mitnehmen durften, zu packen. Neun Monate gelang es Frau L., sich dem Zugriff der staatlichen Organe zu entziehen, bevor sie verhaftet und in die Untersuchungshaftanstalt verbracht wurde.
Schon vor dem ersten Kontakt mit der Landesbeauftragten hatte Frau L. einen Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung beim zuständigen Landgericht gestellt. Die Staatsanwaltschaft hatte bereits Stellung genommen und ihr Antrag drohte abgelehnt zu werden. Nach erfolgter Einsicht in die damalige Ermittlungsakte sowie die Urteilsgründe wies die Landesbeauftragte das Gericht darauf hin, dass Frau L. im Ergebnis nichts weiter getan hat, als sich den gesellschaftlichen Zwängen der SED-Diktatur zu entziehen. Sie war unangepasst und wollte ihr eigenes Leben leben. Geschadet hatte sie niemandem. Die Organe des kommunistischen Staates akzeptieren dies nicht und sie wurde mit unangemessener Härte für ihre Freiheitsliebe bestraft.
Frau L. wurde daraufhin vom Landgericht vollumfänglich rehabilitiert.

5.7 Der Härtefallfonds für in der SBZ/DDR politisch Verfolgte mit Wohnsitz im Land Brandenburg

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ hatte die Einrichtung eines Härtefallfonds für ehemalige politisch Verfolgte empfohlen, die heute teilweise unter besonders schwierigen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedingungen leben.
Der Brandenburger Landtag verabschiedete im Juni 2015 das Haushaltsgesetz 2015/16, in dem erstmals Mittel für den Härtefallfonds vorgesehen sind.
Strafrechtlich, beruflich oder verwaltungsrechtlich Rehabilitierten, die sich in einer besonders gravierenden Notlage befinden und sowohl über bundesgesetzliche Regelungen als auch die bestehenden Hilfesysteme keine Unterstützung finden, kann auf Antrag aus den Mitteln des Härtefallfonds eine einmalige und zweckgebundene finanzielle Hilfe gewährt werden. „Die finanziellen Hilfen sollen geeignet sein, ehemals politisch Verfolgte in besonderen Notsituationen zu unterstützen und dazu beitragen, bis heute anhaltende Folgen politischer Repression in der SBZ/DDR zu mindern und die soziale Integration zu verbessern“, heißt es in den Richtlinien des Härtefallfonds.

Am 18. September 2015 konstituierte sich der Beirat des Härtefallfonds. Aus diesem Anlass fand eine Pressekonferenz statt, in der die Öffentlichkeit über den Härtefallfonds informiert wurde. Dem Beirat gehören an:

- Oberkirchenrat (OKR) Martin Vogel, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Beauftragter bei den Ländern Berlin und Brandenburg
- Rosmarie Priet, Diplom-Psychologin, Leitung Opferberatung/Traumaambulanz, Opferhilfe Land Brandenburg e. V.
- Ulrike Poppe, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Zu den Anträgen auf eine Hilfe aus dem Härtefallfonds spricht der Beirat des Härtefallfonds Empfehlungen aus, nachdem von Seiten der LAkD zu jedem eingereichten Antrag ein Votum erarbeitet wurde.
Nach der im September erfolgten Konstituierung des Beirats erreichten die LAkD bis Ende Dezember 2015 96 Anfragen zum Härtefallfonds. Es standen finanzielle Mittel in Höhe von 15.000 EUR im Fonds zur Verfügung. In 13 Fällen konnte eine finanzielle Hilfe gewährt werden, die Gesamtsumme der ausgereichten Fondsmittel belief sich im Jahr 2015 auf 14.993 EUR. Damit konnte Unterstützung geleistet werden bei der Finanzierung des Eigenanteils im medizinischen Bereich (bei Hörgeräten und Zahnimplantaten) und beim dringend notwendigen Kauf neuer Haushaltsgeräte (z. B. Waschmaschine, Kühlschrank). Die finanzielle Hilfe aus dem Härtefallfonds ermöglichte die Anfahrt zu Arztterminen, wenn sich gezeigt hatte, dass Krankenkassen in diesem Fall nicht für die Transportkosten aufkommen. Durch die finanzielle Hilfe des Fonds war es möglich, eine Fahrschulausbildung zu absolvieren, um zukünftig motorisiert in einer ländlichen Gegend mögliche Arbeitsstätten und Ämter erreichen zu können. Die überwiegende Mehrheit der Antragstellerinnen und Antragsteller war schwerbehindert und bereits Altersrentner(in) oder erwerbsunfähig. Die Hilfen aus dem Härtefallfonds ermöglichten gerade auch vor diesem Hintergrund gesundheitsfördernde Maßnahmen und die Schaffung selbstbestimmter Wohn- und Lebensmöglichkeiten.
Ablehnungen von Anträgen erfolgten z. B., weil die Antragstellerin bzw. der Antragsteller nicht im Bundesland Brandenburg wohnhaft war oder noch keine Rehabilitierung vorlag.
Darüber hinaus erhielten Antragstellerinnen und Antragsteller, wenn sie es wünschten, auch Unterstützung bei der Beantragung der strafrechtlichen, beruflichen oder verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung und daraus resultierenden Entschädigungsleistungen sowie beim Umgang mit Behörden.
Anträge, die nach dem 15. November 2015 eingingen, sind als Anträge für das Jahr 2016 behandelt worden, ebenso wurde die Entscheidungsfindung zu Anträgen, deren Unterlagen durch die Antragstellenden noch zu komplettieren waren, in das Folgejahr vertagt.
Im Jahr 2016 stehen insgesamt 30.000 EUR für Hilfen aus dem Härtefallfonds zur Verfügung.

6 Förderung und Zusammenarbeit mit Initiativen und Verbänden zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im Land Brandenburg

6.1 Förderung

2014:
Die Landesregierung unterstützte 2014 wie bereits im vorangegangenen Jahr die Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Sowjetischen Besatzungszone durch die Bereitstellung von Mitteln aus der Glücksspielabgabe der Lotterien und Sportwetten des Landes Brandenburg. Mit den zur Verfügung gestellten 60.000 EUR wurden Projekte der Opferverbände, Lagergemeinschaften und Aufarbeitungsinitiativen gefördert, mit denen sie ihre satzungsgemäße Arbeit absichern und ihre Anliegen in der Öffentlichkeit sichtbarer machen konnten. Das Landesamt für Soziales und Versorgung unterstützte die Landesbeauftragte bei der Vergabe der Mittel.
Im Jahr 2014 konnten insgesamt zehn Projekte mit einem Gesamtumfang von 59.938 EUR (siehe Übersicht im Anhang des Berichts) gefördert

Eröffnung der geförderten Ausstellung „Katholiken in der DDR“ der Vereins „My Life e. V. in Berlin. (Foto: Simone Ahrend)

werden. Die Palette der Projektvorhaben war dabei breit gefächert. So wurden zum Beispiel ein Gedenkort für ein Todesopfer an der innerdeutschen Grenze gestaltet, Zeitzeugeninterviews dokumentiert, ein Ausstellungsband publiziert und die Arbeitsfähigkeit eines Vereins durch die Ausstattung der Geschäftsstelle mit Mobiliar gesichert.

2015:
Entsprechend den Empfehlungen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ wurden im Doppelhaushalt 2015/2016 Haushaltsmittel zur Unterstützung der Arbeit der Opferverbände eingestellt. Dafür wurde eine Titelgruppe im Kapitel der LAkD eingerichtet und mit insgesamt 80.000 EUR ausgestattet. Ziel war die Sicherung und Weiterentwicklung von Vereinsstrukturen der Opfervereine und -verbände, die Ermöglichung von Hilfe zur Selbsthilfe für Betroffene, die Stärkung der Interessenvertretung Verfolgter sowie die Förderung bzw. Durchführung von Projekten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Vergabe der Zuwendungsmittel erfolgte in demselben Verfahren, das sich bereits bei der Vergabe der Lottomittel bewährt hatte. Begünstigte der Zuwendung sind Opfervereine und -verbände, Lagergemeinschaften und solche Aufarbeitungsinitiativen, deren Arbeit einen Bezug zu Opfern des NKWD oder des SED-Regimes aufweisen. Die Zuwendung erfolgt als Projektförderung in Form eines Zuschusses und wird in der Regel als Fehlbedarfsfinanzierung gewährt.

Im Jahr 2015 wurden knapp 72.000 EUR aus den Mitteln zur Unterstützung der Opferverbände verwendet. Acht Projekte wurden mit einer Zuwendung von insgesamt ca. 66.400 EUR unterstützt (siehe Übersicht im Anhang des Berichts). Schwerpunktmäßig bewegten sich die geförderten Projekte in den Bereichen politisch-historische Bildungsarbeit (Veranstaltungen, Publikationen), Öffentlichkeitsarbeit sowie Sicherung und Weiterentwicklung der Vereinstätigkeit. Ein neu gegründeter Verein konnte bei seinen ersten organisatorischen Schritten unterstützt werden.

In einem anderen Fall wurde die Herrichtung eines Versammlungs- und Veranstaltungsraumes ermöglicht. Die Herstellung von Druck- und Filmmaterial zur Unterstützung der von Vereinen durchgeführten Bildungsarbeit ließ sich ebenso durch Zuwendungen realisieren.
Im Berichtszeitraum gründete sich eine Initiativgruppe ehemaliger politischer Häftlinge der Justizeinrichtung Brandenburg-Görden. Eine Gründungsveranstaltung wurde von der Aufarbeitungsbeauftragten gefördert und deren Wunsch, in die Gremien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten aufgenommen zu werden, unterstützt.

Gedenkstrauß der brandenburgischen Aufarbeitungsbeauftragten am Gedenkort für die ehemaligen Internierten und Häftlinge des sowjetischen Speziallagers Sachsenhausen 1945 –1950.

6.2 Zusammenarbeit

Der Berichtszeitraum war durch intensive Zusammenarbeit mit den Lagergemeinschaften, Opferverbänden und –vereinen sowie Aufarbeitungsinitiativen geprägt. Durch vielfältige inhaltliche und organisatorische Unterstützung der Landes-beauftragten konnte eine große Anzahl von Projekten weitergeführt, zum Abschluss gebracht und neue auf den Weg gebracht werden. Der Austausch darüber fand in den jährlich zweimal stattfindenden Treffen auf Einladung der Landesbeauftragten mit den Initiativen und Verbänden, den inzwischen jährlichen Treffen mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und den vielen Begegnungen am Rande von Gedenkveranstaltungen statt. Am Austausch mit der Landesbeauftragten nehmen durchschnittlich 15 Vereine und Initiativen teil. Eine Auswahl der wichtigsten Themen verdeutlicht die Vielfalt des unermüdlichen und hartnäckigen Engagements der Vereine und Initiativen. Hierzu zählten der Umgang der Landesregierung mit den Empfehlungen der Enquete-Kommission 5/1, hierbei vor allem auch die Beseitigung des Bodenreform-Unrechts, Qualifizierung der Gutachter in Anerkennungsverfahren von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden, Erhalt und Absicherung der Arbeit der Gedenkstättenlehrer und die Probleme mit der strafrechtlichen Rehabilitierung von ehemaligen Heimkindern. Deren Beitrag zu einer lebendigen Erinnerungskultur im Land Brandenburg sowie für die politisch-historische Jugend- und Erwachsenenbildung sollte nicht unterschätzt werden.
Begrüßenswert ist, dass nicht wenige der aufgeführten Themen im Berichtszeitraum vom brandenburger Landtag bzw. der Landesregierung aufgegriffen, unterstützt, umgesetzt oder inzwischen auf den Weg gebracht wurden.
Besonders hervorzuheben ist der würdige Empfang, den Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke für die Überlebenden der Haftorte und Speziallager der Sowjetischen Militäradministration am 13. Juli 2015 gab. Für viele der Hochbetagten war es nach 70 Jahren die erste öffentliche Anerkennung ihrer leidvollen rechtsstaatswidrigen Haftzeit. Insbesondere von den Lagergemeinschaften aber auch von allen anderen Opferverbänden und Vereinen wurde diese gelungene Veranstaltung als eine späte aber wirkungsvolle Geste empfunden.
Aber auch die Entscheidungen für die finanzielle Absicherung des weiteren Aufbaus der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, die Einrichtung eines Härtefallfonds, die zwischenzeitliche Weiterbeschäftigung der Gedenkstättenlehrerinnen und -lehrer, die Aussicht auf die Lösung der Gutachterproblematik und die Zusage, eine Ausstellung für den Gedenkort Militärgefängnis Schwedt zu erarbeiten, verweisen darauf, dass durch das Zusammenwirken der Lagergemeinschaften, Opferverbände und -vereine sowie Aufarbeitungsinitiativen mit der Landesbeauftragten im Land Brandenburg in den vergangenen fünf Jahren vieles in Bewegung gebracht wurde.

Der Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke im Gespräch mit ehemaligen Internierten in den sowjetischen Speziallagern und der Verurteilten der SMT in Brandenburg auf dem Empfang am 13. Juli 2015 in Potsdam.

Die Aufarbeitungsbeauftragte Ulrike Poppe am Tisch mit dem Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg und ehemaligen Internierten in den sowjetischen Speziallagern und Verurteilten der SMT in Brandenburg am 13. Juli 2015 in Potsdam.

Die ehemals Internierten bzw. von SMT Verurteilten (v. l.): Frank Stern, Friedrich Klausch, Alexander Latotzky, Annerose Matz-Donath und Reinhard Wolf nach einem Pressegespräch am Rande des Empfangs am 13. Juli 2015.

Ulrike Poppe im Gespräch mit Harald Beer, ehemals im sowjetischen Speziallager Sachsenhausen interniert.

7 Gremien, in denen die Beauftragte des Landes vertreten ist

- Beirat der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, Kommission zur Geschichte des NKWD-Lagers (gem. § 1, 3 Geschäftsordnung des Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten),
- Beirat der Gedenk- und Begegnungsstätte Potsdam Leistikowstraße,
- Fachbeirat Gesellschaftliche Aufarbeitung / Opfer und Gedenken der Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin,
- Förderverein Zentrum für Zeithistorische Forschung,
- Beirat des BStU (stellv. Vorsitzende),
- Beirat Gedenkstätte Hohenschönhausen (stellv. Vorsitzende),
- Vorstand Robert-Havemann-Gesellschaft,
- Vorstand „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ e. V.,
- Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD,
- Wissenschaftlicher Beirat „Erinnerungskultur der EKBO“ .

Gremien, in denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der LAkD wirken:

- Reinhard Schult: Stiftung für ehemalige politische Häftlinge
- Dr. Marie Anne Subklew: Beratungsgremium „Militärgefängnis Schwedt“ und Aufarbeitung der evangelischen Kirche Mitteldeutschland
- Rainer Potratz: Wissenschaftlicher Beirat des „Grenzhus e.V.“
- Silvana Hilliger: Jury Jugendgeschichtsprogramm „Zeitensprünge“

8 Zusammenarbeit mit den anderen Landesbeauftragten und der Behörde des Bundesbeauftragten

Mariagnes Pense von der Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenhausen 1945 –1950 e. V. spricht über ihre Arbeit auf dem Bundeskongress 2014 im Landtag des Freistaates Sachsen in Dresden.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Land Brandenburg während des Bundeskongresses in Fulda 2015.

Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur und Dr. Robert Grünbaum von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur treffen sich monatlich zu gemeinsamen Konsultationen. Im Berichtszeitraum standen neben der Vorbereitung der beiden Bundeskongresse verschiedene Themen zur Novellierung der Rehabilitierungsgesetze im Vordergrund sowie Positionen zur Zukunft des BStU und anderer Aufarbeitungsinstitutionen (analog der vom Bundestag eingesetzten Expertenkommission zum selben Thema). Außerdem befassten sich die Landesbeauftragten mit verschiedenen Gruppen von Geschädigten aus der DDR-Zeit, wie Dopingopfer, Zwangsadoptierte, Frauen, die aus disziplinarischen Gründen in venerologischen Stationen eingesperrt waren, Geschädigte der Anti-D-Prophylaxe u. a. Außerdem wurden Erfahrungen über die Arbeit in den Anlauf- und Beratungsstellen für ehemalige Heimkinder der DDR in den einzelnen Bundesländern ausgetauscht. Eines der wiederkehrenden Themen ist auch die Unzulänglichkeit mancher Gutachten zu verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden.
Im April 2014 fand der alljährliche Bundeskongress der Landesbeauftragten, der Bundestiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Verfolgteninitiativen in Dresden statt. Er befasste sich mit dem Thema: „Zeitenwende“ 1989 – Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung“.
Der Bundeskongress 2015 wurde vom Thüringer Landesbeauftragten federführend ausgerichtet und tagte hauptsächlich in Fulda. Unter dem Titel: „ÜberWunden“ wurden der Weg zur Einheit, der Anfang und das Ende der deutschen und europäischen Teilung thematisiert.
Jeweils im Oktober der Jahre 2014 und 2015 beteiligten sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufarbeitungsbeauftragten an dem gemeinsamen Stand der Landesbeauftragten auf dem Fest der Deutschen Einheit in Hannover und in Frankfurt am Main. Die jährlich stattfindenden Feste sind ein guter Anlass, auch in den alten Bundesländern das Thema der SED-Diktatur anzusprechen. Insbesondere ein Quiz zur DDR-Geschichte findet zahlreiche Interessenten, darunter viele ehemalige DDR-Bürger, die inzwischen in den alten Bundesländern leben.

Detlef Fahle, Vorsitzender des Vereins „Militärgefängnis Schwedt“ spricht auf dem Bundeskongress in Fulda am 9. Mai 2015.

9 Auswärtige Beziehungen

In mehreren Staaten wird interessiert die Aufarbeitung der Diktaturen und der Transformationsprozesse in Deutschland verfolgt. Dies führt zu Einladungen der Landesbeauftragten, um über deren Tätigkeit und die dabei gesammelten Erfahrungen zu berichten. Die Berliner Europäische Akademie lud die Landesbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehrfach (im Berichtszeitraum fünfmal) ein, vor einer Delegation höherer Angestellter der Regierungen Tunesiens, Marokkos sowie aus den Provinzverwaltungen der Ukraine und Moldawiens Vorträge über den deutschen Transformationsprozess, insbesondere über den Umgang mit den materiellen und geistigen Hinterlassenschaften der Diktatur zu halten und mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern darüber ins Gespräch zu kommen. Von großem Interesse für die ausländischen Gäste war, wie in Deutschland mit den Trägern des Systems in Politik, Verwaltung und im Repressionsapparat verfahren wurde, insbesondere jenen, die an Staatsverbrechen beteiligt waren. Ebenso interessierten sie sich dafür, welche Angebote der deutsche Staat für die Opfer der SED-Diktatur bereitstellt, um sie zu rehabilitieren und zu entschädigen.
Im Auftrag des Auswärtigen Amts berichtete die LAkD mehrmals vor Diplomaten, angehenden Diplomaten und Fachjournalisten über die Aufarbeitung deutscher Vergangenheit. Zum Tag der deutschen Einheit sprach die Landesbeauftragte am 2. Oktober 2015 auf einer Feier im Generalkonsulat in Breslau und überbrachte Grüße aus dem Land Brandenburg. In der Breslauer Universität berichtete sie über den Weg in die deutsche Einheit. Außerdem fanden die jährlichen Gespräche mit Studierenden der John Carroll University Cleveland statt sowie ein Gespräch mit einer albanischen Gedenkstättenleiterin.
Die Stellvertreterin der Aufarbeitungsbeauftragten sprach auf der Konferenz „Christen, Zivilgesellschaft und das kommunistische Erbe – Erfahrungen und Herausforderungen aus bulgarisch-ostdeutscher Perspektive im April 2014 in Sofia.

10 Die Anlauf- und Beratungsstelle (AuB) des Landes Brandenburg für ehemalige Heimkinder in der DDR bei der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

10.1 Die Anlauf- und Beratungsstelle (AuB) des Landes Brandenburg für ehemalige Heimkinder in der DDR

Am 2. Juli 2012 nahm die Anlaufstelle ihre Arbeit auf. Grundlage dafür ist der von Bund und den ostdeutschen Bundesländern aufgelegte „Fonds Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“. Zu Beginn des Berichtszeitraums waren die ursprünglichen Mittel in Höhe von insgesamt 40 Mio. EUR bereits aufgebraucht, da die Nachfrage ehemaliger Heimkinder die Prognosen weit überstieg. Sehr bald einigten sich die Fondserrichter darauf, die Mittel aufzustocken. Zur genaueren Bedarfsschätzung wurde der 30. September 2014 als Meldeschluss für Ansprüche Betroffener festgelegt. Die Laufzeit des Fonds wurde auf den 31. Dezember 2018 verlängert. Bis zum Meldeschluss nahm die AuB Brandenburg Anfragen von mehr als 6.000 ehemaligen Heimkindern auf, von denen letztlich 4.284 die Kriterien für eine Betreuung durch die brandenburgische Anlauf- und Beratungsstelle erfüllten. Die benötigten Mittel sowohl für Hilfen an die gemeldeten Betroffenen als auch für die bedarfsgerechte Ausstattung der Anlauf- und Beratungsstellen wurden bereitgestellt.
In Abschätzung einer hohen Anmeldezahl hatte die LAkD bereits zum 1. September 2014 die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der AuB auf fünf Beraterstellen und eine Sachbearbeiterin erhöht. Da die räumlichen Kapazitäten in der Hegelallee erschöpft waren, bezog die Anlauf- und Beratungsstelle Büros in einer Landesliegenschaft in der Nähe des Potsdamer Hauptbahnhofes, in der Heinrich-Mann-Allee.
Zu Beginn des Jahres 2015 konnten zwei weitere Beraterinnen und eine Sekretärin eingestellt werden, zum 1. Januar 2016 werden als letzte Phase der Aufstockung fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Rechnungsprüfung

folgen. Für die aufwändigen Ausschreibungs- und Personaleinstellungsverfahren und den kurzfristig organisierten Umzug bewährte sich die gute Zusammenarbeit der LAkD mit der Landtagsverwaltung.

10.2 Aufgaben der AuB

10.2.1 Die AuB als Anlaufstelle

Die Anlauf- und Beratungsstelle ist für jeden Ratsuchenden im Land Brandenburg, der Informationen zum Fonds Heimerziehung sucht, zuständig. Das sind in erster Linie ehemalige in den Heimen der DDR untergebrachte Kinder und Jugendliche. Aber auch deren Angehörige, Einrichtungen der Jugendhilfe, Archive und andere Behörden nehmen Kontakt zur AuB auf, erkundigen sich nach dem Fonds oder stellen Fragen zur Heimerziehung.

10.2.2 Die AuB als Beratungsstelle

10.2.2.1 Persönliche Beratung

Zentrale Aufgabe der AuB ist die Durchführung von Beratungsgesprächen mit ehemaligen DDR-Heimkindern, um individuelle Hilfen aus dem Fonds Heimerziehung zu vermitteln. Dabei stehen die subjektiven Erfahrungen jedes Einzelnen in den Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe im Mittelpunkt. Oft fällt es den Betroffenen schwer, so viele Jahre später über ihre Erlebnisse zu sprechen. Häufig ist es das erste Mal, dass sie sich jemandem anvertrauen. Hier benötigen die Beraterinnen und Berater viel Fingerspitzengefühl und Sensibilität, um die Gespräche zu lenken und geeignete Hilfen zur Milderung der bis heute bestehenden Folgeschäden vorzuschlagen. Die Beratungsgespräche wurden in der Regel in den Räumen der LAkD durchgeführt. In besonderen Fällen wurden Hausbesuche oder telefonische Beratungen vereinbart.

10.2.2.2 Vermittlung von Hilfen aus dem „Fonds Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“

Der Fonds Heimerziehung DDR bietet Betroffenen, die heute noch an Folgeschäden aus der Heimerziehung leiden, zwei wesentliche Hilfebereiche an: materielle Hilfen und Rentenersatz. Die materiellen Hilfen werden in erster Linie als Sachhilfen gewährt und sollen heute noch bestehende Einschränkungen in der Lebensführung mindern. Sie sind nachrangig, das heißt, die Beantragung kann nur erfolgen, wenn kein anderer Kostenträger diese Hilfen übernimmt. Unterstützung kann z. B. durch Kostenübernahme für eine neue Wohnungseinrichtung oder für Gesundheitsbehandlungen erfolgen, die die gesetzliche Krankenkasse abgelehnt hat. Die vereinbarten Hilfen stehen dabei in engem Zusammenhang mit bis heute andauernden Folgen des Heimaufenthalts.
Rentenersatzleistungen werden aus dem Fonds „Heimerziehung in der DDR“ als Einmalzahlungen gewährt, wenn im Zeitraum 1949 bis 1990 für erbrachte Arbeitsleistungen zwischen dem vollendeten 14. und dem vollendeten 18. Lebensjahr während des Heimaufenthaltes keine Beiträge in die Sozialversicherung eingezahlt wurden oder geleistete Beiträge durch die Rentenversicherung nicht anerkannt wurden. Dies betrifft Jugendliche, die in Kinderheimen unentgeltlich regelmäßige Tätigkeiten, wie z. B. Küchenhilfe oder Reinigungstätigkeiten ausführen mussten und vor allem Betroffene, die in Jugendwerkhöfen untergebracht waren und (oft im Rahmen ihrer Teilfacharbeiterausbildung) zuweilen körperlich schwer arbeiten mussten. Auch hier gilt die Vorrangprüfung durch die gesetzlichen Rententräger.

10.2.3 Biografiearbeit und Aktenrecherche

Die AuB unterstützt ehemalige Heimkinder bei der Rekonstruktion ihrer Biografie. Manchem Betroffenen fehlt nach so langer Zeit die Erinnerung, viele haben keine konkreten Informationen über Umstände der Heimeinweisung oder keine Unterlagen zum Heimaufenthalt. Auch

hier unterstützt die AuB, in dem sie z. B. Archive anschreibt und um relevante Dokumente bittet. Dennoch kommt es vor, dass gefundene Unterlagen oder Jugendhilfeakten bei den Betroffenen Enttäuschung verursachen, da die Inhalte der Dokumente nicht ihren Erinnerungen oder Erwartungen entsprechen, lückenhaft sind oder so formuliert wurden, dass die Heimeinweisung nach damaligem Maßstab gerechtfertigt erschien.

10.2.4 Vermittlung weiterführender Hilfen

Viele ehemalige DDR-Heimkinder leiden noch heute an psychischen Folgen der staatlichen Erziehung. In den Beratungsgesprächen wird deutlich, wie wichtig für manche schon ein Gespräch ist, in welchem ihre Leiderfahrungen gewürdigt werden. Wenn Ratsuchende z. B. eine Psychotherapie zur Bewältigung der traumatischen Erfahrungen machen möchten, kann die AuB helfen, geeignete Ansprechpartner vor Ort zu finden. Auch können auf Wunsch Sozial- oder Schuldnerberatungskontakte im Lebensumfeld vermittelt werden.

10.3 Aktuelle Zahlen der AuB

Stand: Ende November 2015
Für das Land Brandenburg haben sich zunächst 4.281 Betroffene fristgemäß gemeldet. Das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) hat aufgrund der Härtefallregelung für Meldungen nach Fristablauf drei weiteren Ratsuchenden die Möglichkeit gegeben, Fondsleistungen in Anspruch zu nehmen, sodass die AuB insgesamt für 4.284 Antragstellerinnen und Antragsteller zuständig ist.
Bis zum Ende des Berichtszeitraums wurden 1.550 Beratungsgespräche geführt, davon haben 449 Personen alle Hilfen in vollem Umfang erhalten. 2.331 Vereinbarungen über materielle Hilfen und 597 Vereinbarungen über Rentenersatz wurden von der AuB auf den Weg an das Bundesamt gebracht.
Der Wert dieser Vereinbarungen beträgt für die Sachleistungen 10,3 Mio. EUR und für den Rentenersatz 2,5 Mio. EUR.

10.4 Beispiele für die Hilfen aus dem Fonds

10.4.1 Beispiel Frau R. und Frau G.

Frau R. und Frau G. nutzten als Schwestern die Möglichkeit, ihr Beratungsgespräch in der Anlaufstelle gemeinsam wahrzunehmen. In den 1950er Jahren wurden die Eltern plötzlich verhaftet und die insgesamt drei Geschwister der Jugendhilfe übergeben. Diese wies die Kinder in unterschiedliche, weit voneinander entfernte Heime ein. Dies führte zu einem Verlust von vertrauten persönlichen Kontakten. Diese Verlusterfahrungen konnten in den Heimen nicht ausgeglichen werden.
Frau R. berichtete, dass sie deshalb auch nach dem Heimaufenthalt meist „still und zurückhaltend“ lebte. Die Heimerfahrungen prägten ihr weiteres Leben. Deshalb ist es für sie heute wichtig, sich ein Zuhause mit Menschen zu schaffen, bei denen sie sich geborgen fühlt. Mithilfe des Fonds Heimerziehung konnte Frau R. sich diesen Wunsch erfüllen und gemeinsam mit ihrem Partner einen neuen Wohnsitz beziehen.
Auch Frau G. empfindet die eigene Wohnung als einen wichtigen Rückzugsort. Sie lebt von einer geringen Rente. Mit den Mitteln des Fonds Heimerziehung DDR konnte ihre Wohnung würdig und altersgerecht gestaltet werden. Zudem erhielt Frau G. Hilfen, die ihre gesellschaftliche Teilhabe verbessern können. Der Lebensalltag in den Heimen war geprägt von sozialer Beengung und bot keine Möglichkeiten zur Selbstbestimmung. Auch wurde die gesundheitliche Fürsorge der Kinder im Heim vernachlässigt. Dadurch ist Frau G.‘s Hörvermögen heute erheblich eingeschränkt und führt im Alltag zu Unsicherheit. Im Alter ist es ihr jedoch ein wichtiges Anliegen, soziale Kontakte aufrechtzuerhalten, mobil zu sein und selbstbestimmt kleine alltägliche Erledigungen und Ausflüge zu machen. Hierbei konnten durch den Fonds Kosten zur Anschaffung eines Hörgeräts, einer Zeitfahrkarte für den öffentlichen

Nahverkehr, sowie für einen Rollator übernommen werden. Frau G. berichtet, dass ihr diese Hilfen wieder mehr Lebensfreude schenkten. Für Frau R. ist auch ihr Partner eine wichtige Stütze, da sie in dieser Beziehung die lang entbehrte Sicherheit und Geborgenheit erfährt. Schon lange wünschte sie sich, zusammen mit ihm eine besondere Erholungsreise unternehmen zu können. Gerade vor dem Hintergrund der damals verwehrten Familienerfahrung bot sich hier an, den familiären Zusammenhalt durch eine solche Reise zu fördern.

10.4.2 Beispiel Frau J.

Frau J. wurde mit 11 Jahren aufgrund von problematischen häuslichen Verhältnissen in ein Heim eingewiesen. Traumatisiert von den gewalttätigen Übergriffen des Vaters hoffte sie im Heim auf Fürsorge und eine friedliche Kindheit. Erfahren hat sie jedoch Gewalt, Demütigung und stetige Kontrolle durch das Betreuungspersonal. Ferienfreizeiten oder Ausflüge, wie es bei anderen Kindern üblich war, kannte sie nicht. Ihre Freizeit bestand aus schwerer und für ein Kind körperlich überfordernder Arbeit. Frau J. wurde als Dienstmädchen ausgebeutet. Erfüllte sie das Arbeitspensum nicht, wurde sie in den Keller ohne Essen und Trinken eingesperrt. Ihre Kindheit hat sie hinter den hohen Mauern des Heimgeländes verbracht, immer mit der Sehnsucht, eines Tages endlich entlassen zu werden und die Welt hinter den Mauern entdecken zu dürfen. Obwohl der Heimaufenthalt mehr als 60 Jahre zurückliegt, leidet sie bis heute unter diesen traumatischen Erfahrungen und suchte daher die Anlauf- und Beratungsstelle auf. Obwohl es ihr schwerfiel, nach so langer Zeit über die Geschehnisse zu sprechen, war sie erleichtert, gehört zu werden und empfand es als wertschätzend, dass sich jemand für ihre Geschichte interessiert. Ihr Ehemann bestätigt, dass sie seitdem viel ruhiger geworden sei. Materiell konnte der Fonds ihr einen lang gehegten Traum erfüllen: ein Auto, mit dem sie heute alle Orte ihrer Wahl bereisen und „die Welt hinter den Mauern“ entdecken kann. Obwohl die Umsetzung der Hilfe mit dem Warten auf die Bewilligung, der Auftragserteilung an das Autohaus und der Dauer bis zum Eingang der Zahlung schwierig für sie war, überwog dennoch die Freude, als sie ihr Auto endlich abholen konnte. Die verlorene Zeit im Kinderheim kann ihr niemand zurückgeben und die Verantwortlichen können nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Die Hilfe empfindet sie jedoch als Befriedung und Anerkennung ihrer Geschichte, die sie jahrzehntelang verschwiegen hatte.

10.4.3 Beispiel Herr A.

Herr A. wurde von der Jugendhilfe als 14jähriger in einen Jugendwerkhof eingewiesen. Die alleinerziehende Mutter sei überfordert, um ihre drei Kinder „sozialistisch“ erziehen zu können. Die Mutter von Herrn A. war berufstätig, der Vater war im Krieg gefallen. Herr A. erinnert sich, dass er damals auch manchmal die Schule „geschwänzt“ hätte, zum Beispiel den Russisch-Unterricht. Ohne Information über eine geplante Einweisung wurde er von der Schule abgeholt und in einen Jugendwerkhof gebracht. Dort erhielt er einen militärischen Haarschnitt wie auch die anderen eingewiesenen Jugendlichen. Seine Mutter wurde erst später über die Einweisung informiert, erst Tage später konnte er Kontakt zu ihr aufnehmen. Von den Geschwistern wurde er getrennt. Im Vordergrund stand jetzt das Arbeiten in einem Betrieb, er wurde in der 8. Klasse aus der Schule „ausgeschult“, obwohl er eigentlich die 10. Klasse absolvieren wollte. Individuelle Kleidung gab es nicht, alles musste aus der Kleiderkammer mit anderen geteilt werden. Diese Kleidung war nicht neuwertig, sondern gebraucht und abgetragen. Während andere Jugendliche seines Alters und seiner Zeit individuelle Kleidung entdeckten und sich anschaffen konnten, blieb Herrn A. dies im Jugendwerkhof verwehrt. Da er in der Öffentlichkeit auf diese Weise auffiel, fühlte er sich stigmatisiert und erniedrigt. Er fühlte sich fremdbestimmt, in der eigenen Individualität entwertet und als Person minderwertig. In diesem Bereich gibt es durch den Fonds eine spezielle Hilfemöglichkeit. Die Anschaffung von Kleidung, Schuhen und

Hausrat wird durch den Fonds übernommen. Die Anschaffung von individuellen Kleidern und Hausratgegenständen hilft Herrn A. heute selbstbestimmt, seine Individualität und Würde zu betonen. Entsprechende Leistungen aus dem Fonds bestärken ihn darin, die frühere Stigmatisierung und Abwertung als Folge der Heimerziehung abzumildern, und stellen somit eine geeignete Hilfe dar.

10.5 Zusammenarbeit mit anderen Beratungsstellen, Behörden und Kooperationspartnern

10.5.1 Bürgerberatung der LAkD

Stellen die Beraterinnen und Berater in den persönlichen Gesprächen fest, dass die Heimeinweisung einen politischen Hintergrund haben könnte, werden die Betroffenen an die Bürgerberatung der LAkD vermittelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort prüfen Ansprüche nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen und beraten zum weiteren Antragsverfahren im Rahmen der Rehabilitierungsgesetze.

10.5.2 Kooperationspartner Opferhilfe Land Brandenburg e. V.

Die AuB kooperiert seit Arbeitsbeginn mit der Opferhilfe Land Brandenburg e. V. Der Verein verfügt über ein landesweites Netz an Beratungsstellen für Opfer von Gewalttaten, zu denen manche ehemalige Heimkinder gehören. Besonderer Schwerpunkt ist die Beratung und Therapie von traumatisierten Menschen. Die Opferhilfe unterstützt Betroffene auch im Fonds „Ergänzende Hilfen“ (früher Fonds Sexueller Missbrauch). Am 19. September 2014 führte die Opferhilfe gemeinsam mit der AuB eine Sondersprechstunde zur Anmeldung im Fonds Heimerziehung in Neuruppin durch.

10.5.3 Beratung von Jugendhilfeträgern

Am 4. September 2014 fand beim Kinder- und Jugendhilfeverbund (KJHV) Berlin eine Fachveranstaltung zu Heimerziehung in der DDR statt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kinder- und Jugendhilfeverbundes Berlin informierten sich über die DDR-Heimerziehung, deren Folgen und Auswirkungen. Anschließend reflektierten sie ihre heutigen Tätigkeiten. Gezeigt wurden auch Ausschnitte aus dem Dokumentarfilm von Uta Rüchel „Schutzlos ausgeliefert“, eine Diskussion mit der Regisseurin fand ebenfalls statt.

10.5.4 Informationsveranstaltungen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Ort ZEIT Geschichte“

Im Rahmen der jährlich stattfindenden Veranstaltungsreihe „Ort ZEIT Geschichte“ führte die AuB am 12. November 2014 eine Informationsveranstaltung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern, Jugendhilfeeinrichtungen, Archiven und anderen öffentlichen Einrichtungen im Landkreis Potsdam-Mittelmark durch. Ziel dieser Veranstaltung war es, über den „Fonds Heimerziehung in der DDR 1949 bis 1990“ und die Arbeit der Beratungsstelle bei Behörden, die Kontakt mit den Betroffenen haben, zu informieren. Insbesondere wurde auf die Bedeutung der Einsichtnahme in die archivierten Jugendhilfe- und Heimakten für die ehemaligen Heimkinder hingewiesen.

10.5.5 Kooperation mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen

Die Anlaufstelle kooperiert mit dem Deutschen Institut für Heimerziehungsforschung (DIH) und der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit (EHS) in Fragen der Forschung und der Durchführung aktueller Projekte der Institute. Die AuB informiert z. B. über in den bisherigen Dokumentationen noch nicht erfasste Heime und Orte, die von Betroffenen erwähnt wurden. In großen Abständen findet ein intensiver Austausch zu aktuellen Forschungsfragen statt. Außerdem

unterstützt die AuB andere Institutionen bei der Auswahl geeigneter Interviewpartner.

10.6 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Aufarbeitungsbeauftragte informierte mehrfach die Öffentlichkeit über die Aufgaben und Ziele des Fonds für ehemalige Heimkinder in der DDR. In Pressegesprächen und für Beiträge in unterschiedlichen Medien gaben sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Auskunft darüber, was mit dem Kinderheimfonds erreicht werden soll und nach welchen Richtlinien bei der Vergabe verfahren wird. Gemeinsam mit den anderen Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen und zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur setzte sie sich für die Fortführung und Aufstockung des Fonds ein, als diesem die Mittel zu Beginn des Jahres 2014 ausgegangen waren. Nach der offiziellen Bekanntgabe der Fondsaufstockung durch die Bundesregierung und der Verkündung eines Stichtages wandte sich die Behörde auf vielfältige Weise an die Öffentlichkeit und warb gezielt auch bei vielen Trägern im sozialen Bereich und den Kommunen und Kreisen für den Fonds und rief die Betroffenen auf, sich bis zum Meldeschluss am 30. September 2014 in den Anlaufstellen registrieren zu lassen.
Am 11. September 2014 fand im Bürgerhaus Vetschau eine Informationsveranstaltung zum Fonds Heimerziehung DDR statt. Gezeigt wurde auch der Film „Schutzlos ausgeliefert“ von Uta Rüchel, in welchem ehemalige Heimzöglinge ihre Schicksale schildern.

10.7 Beirat der Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg

Der im Juni 2013 für die Anlauf- und Beratungsstelle des Landes Brandenburg als beratendes Gremium ins Leben gerufene Beirat hat seine Tätigkeit 2014 und 2015 entsprechend der Satzung weitergeführt.
Bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Einrichtungen und einzelner Persönlichkeiten mit Kompetenzen im Bereich der Heimerziehung (Bildung und Forschung, Politik, Kultur, Freie Träger der Jugendhilfe, Opferhilfe des Landes Brandenburg, Betroffene) widmete sich der Beirat seiner Hauptaufgabe: der Unterstützung und Bekanntmachung der Arbeit der Anlauf- und Beratungsstelle bei Behörden und Betroffenen.
Die Förderung der öffentlichen Akzeptanz der Ziele des „Fonds Heimerziehung“ stand hierbei im Mittelpunkt, insbesondere die Bedeutung der Aufarbeitung des von der Jugendhilfe in der DDR verursachten fortwirkenden Leids bei den Betroffenen.
Bei regelmäßigen Treffen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Anlauf- und Beratungsstelle (AuB) und der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur wurden aktuelle Entwicklungen und Verfahrensänderungen zum Fonds Heimerziehung sowie rechtliche und politische Ereignisse, welche die Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR betreffen, besprochen. Der Beirat unterstützte die Kommunikation aktueller Verfahrensregelungen zum Fonds Heimerziehung in der Öffentlichkeit, wie z. B. die Aufstockung der Fondsmittel, die damit verbundene Einführung einer Anmeldefrist für Betroffene und die durch den Anstieg von Anmeldungen bedingten Wartezeiten. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit des Beirats war die Initiierung und konzeptionelle Begleitung einer Selbsthilfegruppe Betroffener in Potsdam. Die Initiative „Selbsthilfegruppe ehemaliger Heimkinder in der DDR“ traf sich auf Einladung des Beirats erstmalig im Herbst 2014. Ziel sollte der Austausch von Erfahrungen, biografische Aufarbeitung und Selbsthilfe der Betroffenen sein. Aufgrund der guten Resonanz unter den Betroffenen wurden diese Treffen 2015 fortgeführt. Es gab sechs Treffen unter fachlicher Begleitung, welche von der LAkD gefördert wurden. Bei diesen Treffen wurden Wünsche und Erwartungen der Betroffenen herausgearbeitet, biografische Arbeit angeleitet sowie Selbstorganisation und Etablierung einer unabhängigen Gruppe in Kooperation mit dem SEKIZ Potsdam unterstützt. Die Weiterführung selbständiger Treffen von Betroffenen im SEKIZ Potsdam wurde durch diese Initiative angeregt.

11.1 Veranstaltungen der Aufarbeitungsbeauftragten und Kooperationen 2014

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel/Thema
Januar 2014				
16.1.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	Horst Bieneck – ein Schriftsteller zwischen zwei Geheimdiensten
26.1.	Schwedt	Städt. Museen Schwedt	Lesung, Vortrag, Diskussion	DDR-Militärstrafvollzug und Disziplinareinheit in Schwedt
Februar 2014				
13.2.	Frankfurt (Oder)	Landgericht Frankfurt (Oder)	Vortrag und Ausstellungs-eröffnung	Psychische Folgen politischer Verfolgung in der SBZ/DDR
13.2.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Filmpräsenta-tion, Vortrag, Diskussion	„Wohnung, Wiese …und der Knast“ – Nachbarschafts-verhältnisse im und um das ehemalige Zuchthaus Cottbus
19.2.	Potsdam	Einstein-Gymnasium	Zeitzeugen-gespräch mit Dr. Martina Münch und Ulrike Poppe	Jugend im geteilten Deutschland
20.2.	Finster-walde	Schulamt Cottbus	Lehrer-fortbildung	Der Seminarkurs – Vom Rah-menthema zur Seminararbeit
24.2.	Magde-burg	LStU Sachsen-Anhalt, LStU Sachsen, ThLA, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, KAS Bildungszentrum Wendgräben	Fachtagung	„SED-Verfolgte und das Menschenrecht auf Gesund-heit“ – Anerkennung gesund-heitlicher Folgeschäden
25.2.	Torgau	Stiftung Sächsische Gedenkstätten	Lesung, Vortrag, Diskussion	DDR-Militärstrafvollzug und Disziplinareinheit in Schwedt
26.2.	Prenzlau	Schulamt Eberswalde	Lehrer-fortbildung (mangels Teilnehmern ausgefallen)	Der Seminarkurs – Vom Rahmenthema zur Seminararbeit
27.2.	Frankfurt (Oder)	„My Life – erzählte Geschichte“ e. V.	Filmpräsen-tation, Vortrag, Diskussion	„Schutzlos ausgeliefert – DDR-Heimkinder erzählen“

März 2014				
3.3.	Anger- münde	Freie Schule Angermünde	Workshop	„Die Mauerschützenprozesse“
6.3.	Potsdam	Villa Schöningen	Film/Lesung, Vortrag, Diskussion	„Risse im Land“ – Tote und Verletzte an der Westgrenze der DDR
11.3.	Potsdam	Landesjugendring Brandenburg e. V.	Jury- entscheidung	Jugendgeschichtsprogramm „Zeitensprünge“
12.3.	Ebers- walde	Schulamt Eberswalde	Lehrer- fortbildung	Der Seminarkurs – Vom Rahmenthema zur Seminararbeit
20.3.	Potsdam	Projektwerkstatt Lindenstraße	Lehrer- fortbildung	Kooperationspartner zu zeithistorischen Themen im Seminarkurs der Oberstufe
21.3.	Finster- walde	Sängerstadt-Gymnasium	Zeitzeugen gespräch mit Dr. Martina Münch und Ulrike Poppe	Jugend im geteilten Deutschland
April 2014				
3.4.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Lesung, Diskussion	„Nirgends ein Feuer mehr“ Ralf Günter Krolkiewicz, Reihe "Verschwiegene Bibliothek"
10.4.	Branden- burg an der Havel	Projektwerkstatt Robert Havemann	Lehrer- fortbildung	Kooperationspartner zu zeithistorischen Themen im Seminarkurs der Oberstufe
10.4.	Potsdam	Villa Schöningen	Film, Vortrag und Diskussion	Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze
15.4.	Potsdam	Landeszentrale für politische Bildung	Vortrag, Diskussion	„Von Potsdam nach Moskau und zurück“ – Rückführung deutscher NKWD-Häftlinge
24.4.	Potsdam	Präsident des Landtages Brandenburg	Pressekonferenz	Übergabe des Zweiten Tätigkeitsberichtes der LAkD (Berichtszeitraum 2012/2013)
25.– 27.4.	Dresden	Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Bundes- stiftung Aufarbeitung	18. Bundes- kongress mit Verfolgten- verbänden u. Aufarbeitungs- initiativen	„Zeitenwende“ 1989 – Bilanz und Perspektiven der Aufarbeitung

Mai 2014				
7.5.	Potsdam	Staatskanzlei des Landes Brandenburg	Vortrag, Diskussion	„Folgenschwerer Wahlbetrug“ Der Protest gegen die manipulierten Wahlergebnisse im Mai 1989 als Auftakt zur Revolution
8.5.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	„Die Widerstandgruppe Saefkow-Jacob-Bästlein“
12.5.	Cottbus	Staatskanzlei des Landes Brandenburg	Vortrag, Diskussion	„Folgenschwerer Wahlbetrug (s. o.)
13.5.	Potsdam	Oberstufenzentrum 2 Europaschule Potsdam	Lehrerfortbildung	Jugendwerkhöfe in der DDR als Thema im Unterricht
13.5.	Cottbus	Filmmuseum, Friedrich-Naumann-Stiftung	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Ikarus“ (Heiner Carow, 1975)
15.5.	Brandenburg an der Havel	Staatskanzlei des Landes Brandenburg	Vortrag, Diskussion	„Folgenschwerer Wahlbetrug“ (s. o.)
26.5.	Potsdam	Landtag Brandenburg	Vortrag, Podiumsdiskussion	Doping in Ost und West, Lage der Dopingopfer heute
Juni 2014				
4.6.	Beeskow	Filmmuseum	Film, Vortrag und Diskussion	„Denk(t) bloß nicht, ich heule“ (Frank Vogel, 1965)
12.6.	Potsdam	ZZF, Villa Schöningen	Buchpräsentation, Diskussion	„Gehen oder bleiben?“ – Ausreisebewegung aus der DDR
12.6.	Perleberg	DDR-Geschichtsmuseum	Filmpräsentation, Vortrag, Diskussion	„Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen“
August 2014				
20.8.	Frankfurt (Oder)	Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)	Vortrag, Eröffnung der Ausstellung „Von Sprachlosigkeit befreien“	Psychische Folgen politischer Verfolgung in der SBZ/DDR
September 2014				
3.9.	Potsdam	Landtag Brandenburg	Vortrag und Gespräch	"Landgang. Ein Briefwechsel" – Bausoldaten in der DDR
4.9.	Berlin	Kinder- und Jugendhilfeverbund	Fachkräftefortbildung	„Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen“

10.9.	Potsdam	Landeszentrale für politische Bildung	Vortrag, Diskussion	„Im Schatten des Gulag“ – Als Deutsche unter Stalin geboren
11.9.	Vetschau	Stadt Lübbenau	Filmpräsentation, Vortrag, Diskussion	„Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen“
18.9.	Potsdam	Villa Schöningen	Vortrag, Diskussion	„Blitz contra Ochsenkopf“ – Der Kampf der SED gegen das Empfangen von Westfernsehen in der DDR
24.9.	Wittenberge	Filmmuseum, Friedrich-Naumann-Stiftung	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Und wenn‘s nur Einer wär“ (Wolfgang Schleif, 1949)
24.9.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	„Knastware für den Klassenfeind“– Staatssicherheit und Häftlingsarbeit in der DDR
26.9.	Potsdam	Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen	Erfahrungsaustausch, Filmpräsentation	„Schutzlos ausgeliefert. DDR-Heimkinder erzählen“
Oktober 2014				
2.–4.10.	Hannover	Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	Infotisch	Tag der Deutschen Einheit
3.10.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Manuskriptlesung, Vortrag, Diskussion	„Mein Vater hat mich verraten“ – Das Wirken des MfS in Familien
4.10.	Potsdam	Staatskanzlei, Landeshauptstadt Potsdam, Ev. Kirchgemeinde Babelsberg, Gedenkstätte Lindenstraße	Podiumsgespräch	„Aus der Kirche auf die Straße“ –– 25 Jahre Friedliche Revolution in Potsdam
6.10.	Potsdam	Einstein-Gymnasium	Schülerworkshop	Jugendopposition in der DDR
9.10.	Letschin	Filmmuseum, Friedrich-Naumann-Stiftung	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Alarm im Zirkus“ (Gerhard Klein, 1954)
14.10.	Lübbenau	Filmmuseum, Friedrich-Naumann-Stiftung	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Alarm im Zirkus“ (Gerhard Klein, 1954)
14.10.	Neuruppin	Evangelisches Gymnasium	Diskussionsveranstaltung mit Schülern	25 Jahre „Friedliche Revolution“?!

16.10.	Perleberg	DDR-Geschichtsmuseum	Vortrag, Diskussion	„Blitz contra Ochsenkopf“ – der Kampf der SED gegen das Empfangen von Westfernsehen in der DDR
29.10.	Cottbus	Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)	2. Fachtagung zum Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	Verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden – Betroffene beraten und Verfahren begleiten
November 2014				
3.11.	Potsdam	Café Heider	Pressegespräch	Präsentation der App „Potsdam 1989. 14 Orte der Friedlichen Revolution“ (digitales Angebot für historisches Lernen)
5.11.	Bad Belzig	Landkreis Potsdam-Mittelmark	Vortrag, Eröffnung der Ausstellung „Von Sprachlosigkeit befreien“	Psychische Folgen politischer Verfolgung in der SBZ/DDR
6.11.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	„Im Zwiespalt zwischen Erinnerung und Forschung“ – Funktionen u. Entwicklung der MfS-Untersuchungshaft
10.11.	Grünheide	Arnim-Oberschule, Melanchthon-Gymnasium	Schülerprojekttag	Jugendopposition in der DDR
12.11.	Kleinmachnow	Filmmuseum, Friedrich-Naumann-Stiftung	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Beziehungen zwischen Jungen und Mädchen I–IV“ (Götz Oelschlägel, 1965)
27.11.	Potsdam	Filmmuseum, Friedrich-Naumann-Stiftung	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Sonnabend, Sonntag und Montagfrüh“ (Hannes Schönemann, 1979), „Wozu denn über diese Leute einen Film?“ (Thomas Heise, 1980)
Dezember 2014				
3.12.	Potsdam	Landeszentrale für politische Bildung	Buchpräsentation und Zeitzeugengespräch	Meinhard Stark: „Gulag-Kinder. Die vergessenen Opfer“
4.12.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Diskussion	„Von der Diktatur zur Demokratie“ – Das Jahr 1990

11.2 Eigene Veranstaltungen der Aufarbeitungsbeauftragten und Kooperationen 2015

Datum	Ort	Partner	Art der Veranstaltung	Titel/Thema
Januar 2015				
23.1.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Szenische Lesung mit Musik und Gespräch	„Wir bleiben zusammen, und kein Tod kann uns trennen“ – ein Briefwechsel
29.1.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Lesung, Musik und Diskussion	„Lebensgeschichten oder: Das Private ist politisch“ Eingriffe des SED-Staates in den Alltag junger Menschen
Februar 2015				
19.2.	Frankfurt (Oder)	Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)	gemeinsame Weiterbildung und Erfahrungsaustausch LASV und LAkD	Stasi-Untersuchungshaft und deren Folgen
19.2.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Podium	„Alles schien möglich …“ Die Runden Tische im Bezirk Potsdam und die demokratische Neuordnung in Brandenburg
März 2015				
19.3.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Podium	65 Jahre Auflösung der sowjetischen Speziallager in Brandenburg
April 2015				
16.4.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Vortrag, Podium	„Die indiskrete Gesellschaft“ – Studien zum Denunziationskomplex und zu IM
Mai 2015				
7.5.	Potsdam	Filmmuseum	Film, Vortrag, Diskussion	„Frauen in Berlin“ (Chetna Vora, 1982)
8.–10.5.	Fulda	Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen und zur Aufarbeitung der SED- Diktatur, Bundesstiftung Aufarbeitung	19. Bundeskongress mit Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen	„ÜberWunden. Der Weg zur Einheit“ 1945/1990: Anfang und Ende der deutschen und europäischen Teilung
31.5.	Schwedt	Städt. Museen Schwedt, DDR-Militärgefängnis Schwedt e. V.	Tag der Offenen Tür, Führung, Lesungen, Diskussionen	DDR-Militärstrafvollzug und Disziplinareinheit in Schwedt

Juni 2015				
2.6.	Beeskow	Filmmuseum	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Besondere Kennzeichen: keine“ (Joachim Kunert, 1965)
17.6.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Lesung, Diskussion	„Wir wollten was tun“ Widerstand von Jugendlichen in Werder an der Havel
24.6.	Lichter-felde	Filmmuseum	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Frauenschicksale“ (Slatan Dudow, 1952)
25.6.	Potsdam	Projektwerkstatt Lindenstraße	Lehrerfort-bildung	außerschulische Lernorte zu zeithistorischen Themen für Projekttage/Seminarkurs
Juli 2015				
2.7.	Grün-heide	Robert-Havemann-Klubhaus	Lesung, Gespräch	„Verführung, Kontrolle, Verrat“ – Das Wirken des MfS in Familien
7.7.	Potsdam	Landeszentrale für politische Bildung, MMZ Potsdam	Vortrag, Diskussion	„Erinnerten Ostdeutsche und Westdeutsche Krieg und NS anders?“
August 2015				
13.8.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Gedenk-veranstaltung	Gedenkveranstaltung der FG Lindenstraße für die Opfer der Mauer
24.8.	Oderberg	Museum Oderberg	Vortrag, Diskussion	Der DDR-Militärstrafvollzug und die Disziplinareinheit in Schwedt (1968–1990)
September 2015				
9.9.	Neurup-pin	Filmmuseum, Verein Kornspeicher	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Für die Liebe noch zu mager“ (Bernhard Stephan, 1974)
15.9.	Potsdam	MMZ Potsdam, Filmmuseum	Film, Vortrag, Diskussion	„George“, Errichtung der sowjetischen Speziallager in der SBZ vor 70 Jahren
17.9.	Frankfurt (Oder)	Landesamt für Soziales und Versorgung (LASV)	gemeins. Weiter-bildung/ Erfah-rungsaustausch LASV und LAkD	„Trauma-Prozess und seine Dynamik“
22.9.	Cottbus	Filmmuseum, Menschenrechtszentrum	Film, Diskussion	„Lots Weib“ (Egon Günther, 1965)
29.9.	Oranien-burg	Landkreis Oberhavel	Ausstellungs-eröffnung „Von Sprachlosigkeit befreien“	Psychische Folgen politischer Verfolgung in der SBZ/DDR

Oktober 2015				
3.10.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Infotisch	Tag der offenen Tür in der Gedenkstätte Lindenstraße anlässlich 25 Jahre Deutsche Einheit
4.10.	Branden-burg an der Havel	Jugendkulturfabrik Brandenburg e. V.	Lesung, Diskussion	„Verführung, Kontrolle, Verrat – Das Wirken des MfS in Familen"
6.10.	Letschin	Filmmuseum, Verein „Lichtblick“	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Alle meine Mädchen“ (Iris Gusner, 1979)
November 2015				
3.11.	Finster-walde	Sängerstadt-Gymnasium	Unterrichts-workshop	Jugendwerkhöfe in der DDR als Thema im Seminarkurs
9.11.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Führung Gedenkstätte Lindenstraße	26. Jahrestag des Mauerfalls/ 77. Gedenktag für die Opfer der Novemberpogrome
11.11.	Ebers-walde	Filmmuseum, Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Das Kaninchen bin ich“ (Kurt Maetzig, 1965)
13.11.	Neuen-hagen bei Berlin	Anna-Ditzen-Bibliothek	Lesung, Diskussion	Dietmar Linke "Bedrohter Alltag – Als Pfarrer im Fokus des MfS"
17.11.	Potsdam	Brandenburgisches Literaturbüro	Lesung, Gespräch	„Verführung, Kontrolle, Verrat – Das Wirken des MfS in Familen"
19.11.	Potsdam		Lesung, Gespräch, Diskussion	„Benutzt und befreit. Kindheit und Jugend im Stasiauftrag“
26.11.	Potsdam	Filmmuseum	Filmabend, Vortrag, Diskussion	„Guten Morgen du Schöne“ (Vera Loebner/ Thomas Langhoff, 1979/80)
Dezember 2015				
3.12.	Potsdam	Gedenkst. Lindenstraße, ZZF, Fördergemeinschaft Lindenstraße	Podium, Gespräch	Ostdeutsche Volksmeinung im Spiegel von Stasi-Berichten und geheimer Demoskopie

12.1 Beiträge der Aufarbeitungsbeauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Veranstaltungen Dritter 2014

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema
Januar 2014				
8.1.	Reinickendorf	Pfarrkonvent	Vortrag	Aufarbeitung von Systemunrecht
18.–19.1.	Potsdam	Landtag Brandenburg	Tag der offenen Tür	Informationstisch
23.-25.1.	Suhl	Bundesstiftung Aufarbeitung	Geschichtsmesse	Wanderausstellung „Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in Brandenburg“
24.1.	Suhl	Bundesstiftung Aufarbeitung	Geschichtsmesse, Vortrag und Diskussion	DDR-Geschichte in die Oberstufe! Neue Unterrichtsformate für historisches Lernen nutzen
Februar 2014				
11.2.	Potsdam	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag	Gespräch bei Abschlusssymposium Enquete-Kommission 5/1	„Aufarbeitung in Brandenburg: Ende gut, alles gut?“
12.2.	Berlin	Inner Wheel Club Berlin-Tiergarten	Vortrag und Gespräch	Frauen für den Frieden und Erfahrungen als Bürgerrechtlerin
20.2.	Potsdam	Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“	Vortrag	Wiedergutmachung und nachhaltige Würdigung der Verfolgten der SED-Diktatur und Sowjetischer Besatzungsmacht
März 2014				
4.3.	Rostock	Heinrich-Böll-Stiftung MV	Vortrag und Gespräch	Ausstellungseröffnung „Frauenwiderstand in der DDR in den 80er Jahren“
6.3.	Doberlug-Kirchhain	Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V., Friedrich-Ebert-Stiftung, Landkreis Elbe-Elster	Vortrag und Gespräch	„Frauen in Auf- und Umbruchzeiten – Gemeinsam, lebendig, widerständig?“
8.3.	Potsdam	primaDonna Frauen Kultur und Bildung	Podiumsdiskussion	Die Rolle der Frauen in den letzten 100 Jahren im Land Brandenburg
10.3.	Potsdam	Old Table Club	Gespräch	Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

12.–15.3.	Kreisau	Bundesstiftung Aufarbeitung	Vortrag 12. Ost-West-europ. Gedenkstätten-treffen	Mythos Widerstand? – Darstellung und Deutung von Resistenz in Museen und Gedenkstätten
21.–23.3.	Witten-berg	Ev. Akademie Sachsen-Anhalt	Vortrag bei Tagung „Wem gönne ich das (gute) Leben? Versöhnung als Grundbegriff politischer Ethik“	Gesten der Versöhnung – die Erfahrungen aus dem Prozess in Südafrika
April 2014				
1.4.	Potsdam	Landtag Brandenburg	Grußwort	Ausstellungseröffnung „ZOV Sportverräter“
7.4.	Leipzig	Polnisches Institut, Europäisches Solidarność-Zentrum Gdańsk, u. a.	Podiums-diskussion	Die Geschichte der Opposition in der DDR
10.4.	Perleberg	DDR-Geschichtsmuseum im Dokumentationszent-rum Perleberg	Vortrag und Diskussion	Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokra-tischen Rechtsstaat im Land Brandenburg
20.4.	Finster-walde	Sängerstadt-Gymnasium	Lehrer-fortbildung	Der Seminarkurs – vom Rahmenthema zur Seminarkursarbeit
23.–26.4.	Sofia	Zeitschrift für Chris-tentum und Kultur, Ev. Akademie Frankfurt, Konrad-Adenauer-Stiftung, Stiftung Aufarbeitung u. a.	Konferenz-Vortrag	„Christen, Zivilgesellschaft und das kommunistische Erbe“ –Erfahrungen und Herausforderungen aus bulgarisch-ostdeutscher Perspektive
26.4.	Prenzlau	Schulamt Eberswalde	Lehrer-fortbildung (mangels Teilnehmern ausgefallen)	Der Seminarkurs – vom Rahmenthema zur Seminarkursarbeit
Mai 2014				
7.5.	Potsdam	Citykirchen-Kongress	Zeitzeugenge-spräch	Die Rolle der Kirchen bei der friedlichen Revolution

8.5.	Berlin	Gegen Vergessen Für Demokratie e. V. Regionale Arbeitsgruppe Berlin-Brandenburg	Informations-gespräch	Vier Jahre Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur – Bilanz und Ausblick
10.5.	Dresden	Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen, Technische Universität Dresden, Kulturbüro Sachsen e. V.	Gesprächsrunde	Demokratie – Jetzt oder nie! – 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution
17.5.	Fürsten-walde	Initiativgruppe Lager Ketschendorf	Worte des Gedenkens	25. Gedenkveranstaltung für das Internierungslager Ketschendorf/Speziallager Nr. 5
23.5.	Berlin	My life e. V.	Ausstellungs-eröffnung	Katholiken in der DDR
27.5.	Berlin	Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.	Podiums-diskussion	Ausstellungseröffnung „Deutschland grenzenlos – Bilder der deutsch-deutschen Grenze. Damals und heute“
Juni 2014				
5.6.	Falken-see	Wahlkreisbüro MdL Ursula Nonnemacher (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Gespräch beim 28. Falkenseer Frauenstamm-tisch	Erfahrungen als Bürger-rechtlerin und LAkD
10.6.	Berlin	Friedrich-Ebert-Stiftung	Zeitzeugenge-spräch mit Berli-ner Jugendlichen ab Klasse 10	Goodbye DDR
11.6.	Potsdam	Fördergemeinschaft „Lindenstraße 54“	Grußwort anlässlich der Eröffnung von Stefan Roloffs permanenter Videoinstallation "Lindenhotel"	Videoprojektion „Die Kinder“
25.6.	Berlin	Stephanus Stiftung Berlin-Weißensee	Vortrag bei Jahresfest	25 Jahre friedliche Revolution
30.6.	Berlin	Bezirksamt Friedrichs-hain-Kreuzberg von Berlin	Expertenhearing	Erinnerung an das ehemalige DDR-Aufnahme- und Durchgangsheim Alt-Stralau
Juli 2014				
2.7.	Berlin	Zions-Kirchengemeinde	Moderation bei Gesprächsreihe 25 Jahre friedli-che Revolution	Matthias Storck „Hinter karrierten Wolken“

3.7.	Neu-stadt/ Dosse OT Kampehl	Fördergemeinschaft Recht und Eigentum	Grußwort und Einführung	Zum Auftakt der Umsetzung der Initiative in den Schulen Brandenburgs zur Thematik „Bodenreform 1945–1949 und Zwangskollektivierung 1953–1960"
5.-6.	Sprem-berg	Land Brandenburg	Brandenburgtag	Informationsstand
7.7.	Berlin	Zions-Kirchengemeinde	Moderation Gesprächsreihe 25 Jahre Friedli-che Revolution	Das Sprachenkonvikt als ein Ort der friedlichen Revolution
29.7.	Frankfurt (Oder)	My life e. V.	Ausstellungs-eröffnung	Katholiken in der DDR
August 2014				
13.8.	Potsdam	Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V.	Gedenk-veranstaltung	Rede anlässlich des 53. Jahrestags des Mauerbau
14.8.	Berlin	Europäische Akademie Berlin e. V.	Gespräch	Transformationserfahrungen in Ostdeutschland aus der Sicht einer Oppositionellen
31.8.	Berlin	My Life e. V.	Ausstellungs-eröffnung	Katholiken in der DDR
September 2014				
4.9.	Ludwigs-felde	LISUM	Vortrag	Vorbereitungskonferenz Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten
12.9.	Siethen	Gemeinnützige Gesell-schaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher	Vortrag	Filmpräsentation „Das war schon krass damals“
18.9.	Flecken Zechlin	Verein zu Jugendförde-rung e. V.	Vortrag und Diskussion	Politik und Sinn – politische Bildung 25 Jahre nach 1989
Oktober 2014				
1.10.	Berlin	Deutschlandfunk	Diskussion	Hoffnungen, Träume, Wirk-lichkeiten – Was ist geblieben von der friedlichen Revoluti-on?
1.10.	Rahns-dorf	Konvent	Vortrag	Aufarbeitung DDR-Unrecht
3.10.	Berlin	Domgemeinde	Predigt	Tag der deutschen Einheit

7.10.	Leipzig	Universität Leipzig, TU Dresden	Vortrag auf der Tagung „Unerhörtes Wagnis. Revolutionäre Momente in der DDR 1989/1990“	Der Sog des Politischen: Die revolutionäre Konstituierung des Volkes
7.10.	Leipzig	BStU Außenstelle Leipzig, Sächsische Landeszentrale für pol. Bildung, Volkshochschule Leipzig, Stiftung Friedliche Revolution Leipzig	Ausstellungseröffnung, Gespräch	Die Blaue Reihe: Starke Frauen der Friedlichen Revolution 1989
9.10.	Potsdam	Internationales Filmfest Potsdam, Glückskind Film UG, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit	Filmvorführung und Gespräch	25 Jahre Mauerfall
10.10.	Berlin	Bezirksamt Lichtenberg von Berlin	Ausstellungseröffnung, Vortrag	Widerspenstig und widerständig: Jugendkultur in Lichtenberg 1960–1990
13.10.	Potsdam	Landtag Brandenburg	Podiumsgespräch anlässlich Ausstellungseröffnung	Annemirl Bauer: ausgeschlossen/eingeschlossen
14.10.	Neuruppin	Wirtschaftsjunioren Ost-Prignitz-Ruppin, RWG u. a.	Diskussion	25 Jahre Friedliche Revolution
15.10.	Leipzig	Deutschlandfunk	Diskussion	„Brüche und Kontinuitäten: 25 Jahre Mauerfall – Rückblicke und Ausblicke“
16.10.	Helmstedt	Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport	Symposium „25 Jahre nach dem Mauerfall – Vom Umgang mit der DDR-Geschichte“	Gegen das Vergessen – zur Aufarbeitung der SED-Diktatur
28.10.	Berlin	EKBO, Robert-Havemann-Gesellschaft	Ausstellungseröffnung, Vortrag	„Es wird eine Zeit kommen“ – Gesichter der Friedlichen Revolution
30.10.	Zwickau	Stadt Zwickau, Evangelisch-lutherische Landeskirche Sachsens	Frauenmahl, Vortrag	Wir sind Reformerinnen – Frauen geben Impulse für die Zukunft
31.10.	Berlin	Zionskirche	Ausstellungseröffnung, Vortrag	RADIKAL persönlich.

November 2014				
3.11.	Hamburg	NDR Info, Körber-Stiftung	Podiums-Gespräch	Das Ende des Schweigens. Wenn Stasi-Täter und -Opfer ins Gespräch kommen
3.11.	Jesteburg	Samtgemeinde Jesteburg	Ausstellungseröffnung	„Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht“ – Frauenwiderstand in der DDR in den 1980er Jahren
4.11.	Wien	ORF/Radio Österreich 1, Österreichisches Parlament	Gespräch	Zeitgenossinnen im Gespräch
5.11.	Mainz	Landtag Rheinland-Pfalz, Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Robert-Havemann-Gesellschaft	Ausstellungseröffnung, Vortrag	Gesichter der Friedlichen Revolution anlässlich „25 Jahre Mauerfall“
5.11.	Wilhelmshagen	Kirchengemeinde	Vortrag, Diskussion	Aufarbeitung von DDR-Unrecht
6.–7.11.	Senftenberg	MBJS, Landesjugendring	Landeskongress	Workshop „Was war hier früher los? Mit Jugendlichen lokale Geschichte entdecken“
7.11.	Cottbus	Land Brandenburg, Landtag Brandenburg	Festveranstaltung, Vortrag	25 Jahre Friedliche Revolution
9.11.	Berlin	Stiftung Berliner Mauer	Gedenken	25 Jahre Mauerfall
9.11.	Berlin	Stiftung Berliner Mauer, rbb-Kulturradio	Podiumsdiskussion	„Die Zeit ist reif“ – Gründungsfieber
9.11.	Berlin	Bundesregierung	Bürgerfest „Mut zur Freiheit“	Helden von Damals: Opposition gegen die SED-Diktatur
9.11.	Berlin	Land Berlin u. a.	Lichtgrenze 25 Jahre Mauerfall, Gespräch auf der Festbühne	Ballonaktion
11.11.	Berlin	Auswärtiges Amt/ Europäische Akademie	Vortrag, Diskussion	Aufarbeitung von DDR-Unrecht
13.11.	Halle (Saale)	EFiM, eeb Sachsen-Anhalt	Podiumsdiskussion	„Wir müssen schreien, sonst hört man uns nicht“
14.11.	Potsdam	Landesjugendring	Jugendgeschichtstag	Workshop „Potsdam mit dem Smartphone entdecken: die spannenden Ereignisse von 1989“

15.11.	Berlin	UOKG	Vortrag auf dem Kongress	In der Wahrheit leben: Methoden und Inhalte der oppositionellen Gruppen vor und während der Revolution
18.11.	Magde-burg	Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt	Vortrag	Friedliche Revolution in der DDR
19.11.	Reini-ckendorf	Kirchengemeinde	Predigt, Gespräch	Friedensarbeit der DDR-Kirchen
25.11.	Berlin	Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin	Gastreferat ForumFamilie	Folgen der kommunistischen Diktatur für Familien in der DDR
28.11.	Finster-walde	Lausitzer Bauunterneh-merverband e.V.	Vortrag, Gespräch	Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
Dezember 2014				
2.12.	Berlin	rbb-Kulturradio	Podiums-diskussion	Zentraler Runder Tisch
4.12.	Greifs-wald	Landeszentrale für pol. Bildung MV, Landesbe-auftragte für die Stasi-Unterlagen MV, BÜRGER-HAFEN Greifswald u. a.	Vortrag, Podium	25 Jahre friedliche Revolution
9.12.	Berlin	Konrad-Adenauer-Stiftung	Vortrag bei Ju-gendpolitiktag	25 Jahre Mauerfall
11.12.	Berlin	Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Bran-denburg, FEZ Wuhlheide	Werkstatttag für Schülerinnen und Schüler	Vortrag: 25 Jahre Friedliche Revolution
13.12.	Berlin	Literarisches Colloquium Berlin	Literaturkriti-sches Gespräch	Die DDR erzählen, ohne die DDR zu erzählen

12.2 Beiträge der Aufarbeitungsbeauftragten und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Veranstaltungen Dritter 2015

Datum	Ort	Veranstalter	Art der Veranstaltung	Thema
Januar 2015				
17.1.	Berlin	BStU	Bürgertag „25 Jahre Ende der Stasi“	Informationsstand
17.1.	Berlin	BStU	Bürgertag „25 Jahre Ende der Stasi“	Podiumsdiskussion: Stasi ohne Ende? Die Zukunft der Stasi-Akten
22.1.	Potsdam	Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung	Gespräch mit Studierenden	Rolle der Stasi in der DDR und aktuelle Situation 25 Jahre nach dem Mauerfall
30.1.	Suhl	Geschichtsmesse	Workshop	Das war schon krass damals – Benachteiligte Jugendliche erforschen die Geschichte eines Jugendwerkhofes
Februar 2015				
3.2.	Berlin	Europäische Akademie	Vortrag, Diskussion	Transformationsprozesse in Deutschland 1945 und 1989/90
19.2.	Berlin	Europäische Akademie	Vortrag, Diskussion	Aufarbeitung von DDR-Unrecht
März 2015				
2.3.	Berlin	John Carroll University Cleveland	Gespräch mit Studierenden	Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur
10.3.	Potsdam	Landesjugendring Brandenburg e. V.	Juryentscheidung	Jugendgeschichtsprogramm Zeitensprünge 2015
12.3.	Berlin	Europäische Akademie	Vortrag, Diskussion	Aufarbeitung von DDR-Unrecht
12.3.	Leipzig	Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V.	Gespräch	Versöhnung, Erfahrungen durch die Arbeit als LAkD
27.3.	Potsdam	Friedrich-Ebert-Stiftung	Vortrag, Diskussion	Aufarbeitung von DDR-Unrecht
April 2015				
14.4.	Potsdam	Gegen Vergessen Für Demokratie e. V.	Vortrag und Gespräch	Aufarbeitung im Land Brandenburg
15.4.	Berlin	Auswärtiges Amt, Public Diplomacy Initiatikreis e. V., KaiserCommunication GmbH	Gespräch mit ausländischen Fachjournalisten	Deutsche Geschichte erleben: Vom Fall der Mauer bis zur Wiedervereinigung
15.4.	Berlin	Evangelisches Militärpfarramt Rotenburg/Wümme	Gespräch bei „Frauenrüstzeit“	Frauen in den Wendejahren

17.4.	Potsdam	Landesjugendring Brandenburg e. V.	Auftaktveranstaltung Jugendgeschichtsprogramm Zeitensprünge	Fachgespräch mit den Projektleitern über DDR-Aufarbeitung als Thema in Jugendgeschichtsprojekten
18.4.	Potsdam	Landeselternrat	Vortrag und Gespräch	DDR- Geschichte in Schule und Unterricht
23.4.	Cottbus	Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.	Workshop bei Projekt „Ohne Wurzeln keine Flügel“	Heimerziehung in der DDR
25.4.	Cottbus	Akademieforum	Vortrag, Diskussion	Versöhnung nach Systemunrecht?
25.4.	Kyritz	Bauernbund LV Brandenburg	Vortrag	Zwangskollektivierung in der DDR-Landwirtschaft
28.4.	Berlin	Humboldt-Universität zu Berlin, IKGS	Internationale Konferenz „Aus den Giftschränken des Kommunismus“	Podiumsdiskussion: Die Aufarbeitung geheimdienstlicher Archivbestände in OstMittel- und Südosteuropa
30.4.	Berlin	Europäische Akademie	Vortrag, Diskussion	Aufarbeitung von DDR-Unrecht
Mai 2015				
15.5.	Potsdam	RC Greven	Gespräch	Ziele und Ergebnisse der Arbeit der LAkD sowie Erfahrungen in der DDR
19.5.	Potsdam	CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg	Bericht, Gespräch	Ziele und Ergebnisse der Arbeit der LAkD
28.5.	Berlin	Deutscher Bundestag	Expertengespräch bei Kommission zur Zukunft der Behörde des BStU	"Außenstellen des BStU und Landesbeauftragte"
Juni 2015				
3.6.	Potsdam	Universität Bremen	Gespräch mit Lehramtsstudierenden	Erfahrungen in der DDR-Bürgerrechtsbewegung und politische Neugestaltung seit 1990
4.6.	Potsdam	Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft e. V.	Vortrag und Gespräch mit Offizieren und Unteroffizieren	Keine Zukunft ohne Herkunft – Aktuelle Aufgaben der Aufarbeitung der SED-Diktatur in Brandenburg
9.6.	Cottbus	Menschenrechtszentrum e. V.	Workshop mit Lehrern	Projekt „Eingesperrt in Cottbus“
10.6.	Berlin	Landtag Rheinland-Pfalz	Vortrag und Gespräch	Auf den Spuren der Wende 1989
15.6.	Storkow (Mark)	Friedrich-Ebert-Stiftung	10. Storkower Forum: Gespräch	Von der Bürgerrechtlerin in der DDR zur Brandenburger „Diktatur-Beauftragten“

16.6.	Potsdam	Auswärtiges Amt	Gespräch mit internationalen Nachwuchs-diplomaten	„Umbruch und Aufbruch“ Transformationsprozesse in Deutschland nach 1945 und 1990
Juli 2015				
4.7.	Erfurt	Thüringer Geschichts-verbund	Podiums-diskussion	Das Jahr 1990: von der Revolu-tion zur Einheit
8.7.	Potsdam	Hoffbauer Stiftung	Workshop mit angehenden Erzieherinnen	Spurensuche in Potsdam – 25 Jahre nach der friedlichen Revolution
11.7.	Potsdam	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sommer-konferenz „Kultur Gut?“	Workshop: „Erinnerungskul-tur: Wieviel Licht brauchen die Schattenseiten?“
13.7.	Potsdam	Land Brandenburg	Empfang des Mi-nisterpräsidenten	für Überlebende der sowjeti-schen Speziallager und Haftor-te in Brandenburg
15.7.	Potsdam	Gedenkstätte Opfer poli-tischer Gewalt Potsdam Lindenstr.	Fachgespräch mit albanischer Gedenkstätten-leiterin	Aufarbeitung in Albanien und dem Land Brandenburg – Gemeinsamkeiten und Unterschiede
24.7.	Berlin	Europäische Akademie	Vortrag, Diskussion	Transformationsprozess in Deutschland 1989/90
August 2015				
13.8.	Potsdam	Forum zur kritischen Auseinandersetzung mit DDR-Geschichte im Land Brandenburg e. V.	Gedenkveranstal-tung	Gedenken an die Opfer kom-munistischer Gewaltherrschaft
September 2015				
2.9.	Kyritz	Stadt Kyritz	Vortrag, Diskussion	Bodenreform in der SBZ
8.9.	Greifs-wald	Konrad-Adenauer-Stiftung	Podiums-diskussion	Vergeben, vergessen, vorbei? – Versöhnung nach der Diktatur?
22.9.	Berlin	Westfälische Wilhelms-Universität Münster	Symposium: Informalität und Formalität im Prozess der Demokratisierung	Podiumsdiskussion „Kulturelle Prägungen und institutioneller Neuanfang in Ostdeutschland nach 1989“
26.9.	Potsdam	Land Brandenburg Landtag Brandenburg	Bürgertag 25 Jahre Land Brandenburg	Informationstisch
28.9.	Berlin	Atlantik-Brücke	Vortrag, Diskussion	Opposition in der DDR
Oktober 2015				
1.10.	Breslau	Generalkonsulat, ifa	Empfang, Grußwort	Nationalfeiertag

2.10.	Breslau	Generalkonsulat, Universität Breslau, ifa	Ausstellungs-eröffnung, Podiums-diskussion	„Der lange Weg nach Westen – 25 Jahre deutsche Einheit“
2.-4.10.	Frankfurt a. M.	Bundesrepublik Deutsch-land, Land Hessen	Infotisch	Tag der deutschen Einheit
10.10.	Berlin	UOKG	Moderation	Die sowjetischen Speziallager in der SBZ
November 2015				
8.11.	Beelitz OT Rieben	Evangelischer Kirchen-kreis Mittelmark-Brandenburg	Predigt und Gespräch	25 Jahre Wiedervereinigung
13.11.	Potsdam	Landesjugendring	Workshop beim Jugend-geschichtstag	„Das war schon krass damals“ – Jugendwerkhöfe in der DDR
13.-14.11.	Kühlungs-born	Ev. Akademie der Nordkirche	Vortrag	Wovon wir träumten. Perspektiven nach 25 Jahren deutscher Einheit
14.11.	Weimar	Weimarer Rendezvous mit der Geschichte	Vortrag, Diskussion	„Vorwärts.. und schon ver-gessen? Erinnerungen an die Hoffnungen von 1989
16.11.	Potsdam	MGFA	Vortrag	Friedensbewegung der DDR
Dezember 2015				
4.12.	Potsdam	Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg	Moderation	Treffen mit VertreterInnen der SED-Opferverbände und der Aufarbeitungsinitiativen zur DDR-Geschichte
15.12.	Münche-berg	Kreisau-Initiative e. V.	Gespräch mit deutschen und polnischen Jugendlichen	Frauen im Widerstand in Deutschland und Polen zur Zeit des 2. Weltkrieges, der DDR, der Volksrepublik Polen und heute

13.1 Geförderte Projekte im Jahr 2014

Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.	Digitalisierung der Nachlässe des ersten Vorsitzenden des Vereins Gottfried Becker und weiterer Personen	1.300,00 €
Initiativgruppe Lager Mühlberg e. V.	Ausstattung (Ersatz des Mobiliars) der Geschäftsstelle des Vereins in Mühlberg/Elbe	1.800,00 €
Gemeinschaft der Verfolgten des DDR-Systems/ Brandenburg	„Die friedliche Revolution in Brandenburg“ – filmische Projektion auf der Basis von Zeitzeugeninterviews	9.400,00 €
Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.	Gestaltung eines Gedenkortes für Hans Georg Lemme gegen das Vergessen für Demokratie und Toleranz in Lüttgenwisch an der ehemaligen innerdeutschen Grenze	6.729,00 €
Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e. V.	„Lebendige Erinnerung bewahren“ – Aufzeichnung 10 audiovisueller lebensgeschichtlicher Interviews mit ehemaligen politischen Häftlingen aus der Strafvollzugsanstalt Cottbus und Aufbereitung für die politisch-historische Bildungsarbeit	3.803,00 €
Vereinigung der Opfer des Stalinismus, Landesverband Berlin-Brandenburg e. V.	Kunstinstallation zur Zwangsarbeit politischer Gefangener in der DDR	4.000,00 €
Verein My Life- Erzählte Zeitgeschichte e. V.	Überarbeitung und Nachdruck von 700 Exemplaren des Ausstellungsbandes „Katholiken in der DDR zwischen Ausgrenzung, Anpassung und Opposition“	4.800,00 €
Dokumentationszentrum Perleberg „Geschichte des 20. Jahrhunderts in der Prignitz e. V.“	Bauliche Arbeiten, Renovierung eines Veranstaltungsraumes für politische und historische Bildung im Rahmen der Einrichtung Dokumentationszentrum Perleberg	26.000,00 €
Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e. V.	Unterstützung von Rehabilitierungsbemühungen durch Übersetzung des Urteils des Brandenburger Landesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2014	1.300,00 €
Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.	Ankauf von Veranstaltungstechnik	806,00 €
Summe		59.938,00 €

13.2 Geförderte Projekte im Jahr 2015

Antragsteller	Projekt	Fördersumme
Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.	Unterstützung der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus	14.000,00 €
Dokumentationszentrum Perleberg „Geschichte des 20. Jahrhunderts in der Prignitz e. V.“	Bauliche Arbeiten, Renovierung Veranstaltungsraum Dokumentationszentrum Perleberg	28.300,00 €
Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e. V.	Herstellung überarbeitete u. korrigierte 3. Auflage des Totenbuches Speziallager Nr. 6	3.190,00 €
DDR-Militärgefängnis Schwedt e. V.	Herstellung Informations- und Dokumentationsmaterial	10.969,00 €
Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e. V.	Gedenkveranstaltung 5.–7.9.2015	3.158,50 €
Menschenrechtszentrum Cottbus e. V.	Eingesperrt in Cottbus- Gestaltung und Druck eines didaktischen Begleitheftes	2.000,00 €
Interessengemeinschaft Brandenburger Häftlinge SBZ/DDR	Mitgliederversammlung der IG und Arbeitstreffen mit der Leiterin der Gedenkstätte Zuchthaus Brandenburg am 8. und 9.11.2015 in Brandenburg a. d. Havel	1.680,00 €
Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e. V.	Herstellung eines Kurzfilms über die Projektarbeit des Vereins u. Anschaffung technischer Geräte für Projektarbeit	3.111,10 €
Summe		66.408,60 €

Die Aufarbeitungsbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Leitung

Ulrike Poppe
Telefon 0331 / 23 72 92 - 0
E-Mail aufarbeitung@lakd.brandenburg.de

Sekretariat und Sachbearbeitung

Nadine Domhardt
Telefon 0331 / 23 72 92 - 0
E-Mail nadine.domhardt@lakd.brandenburg.de

Stellvertretung der Aufarbeitungsbeauftragten und historisch-politische Bildung

Dr. Marianne Subklew-Jeutner
Telefon 0331 / 23 72 92 - 23
E-Mail marianne.subklew-jeutner@lakd.brandenburg.de

Geschäftsführung und politisch-historische Jugendbildung

Silvana Hilliger
Telefon 0331 / 23 72 92 - 22
E-Mail silvana.hilliger@lakd.brandenburg.de

Historische Forschung, Gedenkstätten und Öffentlichkeitsarbeit

Rainer Potratz
Telefon 0331 / 23 72 92 - 24
E-Mail rainer.potratz@lakd.brandenburg.de

Sachbearbeitung

Kati Wuttke
Telefon 0331 / 23 72 92 - 12
E-Mail kati.wuttke@lakd.brandenburg.de

Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen

Petra Morawe
Telefon 0331 / 23 72 92 - 21
E-Mail petra.morawe@lakd.brandenburg.de

Reinhard Schult
Telefon 0331 / 23 72 92 - 21
E-Mail reinhard.schult@lakd.brandenburg.de

Michael Körner
Telefon 0331 / 23 72 92 - 21
E-Mail michael.koerner@lakd.brandenburg.de

Carola Schulze (Betroffenenverbände und Härtefallfonds)
Telefon 0331 / 23 72 92 –27
E-Mail carola.schulze@lakd.brandenburg.de

Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in der DDR

Telefon 0331 / 23 72 92 - 17
E-Mail anlaufstelle@lakd.brandenburg.de

Beratung:
Yvonne Laue (Teamleiterin)
Martin Gollmer
Annett Hering
Britta Höfte
Cornelia Hoffmann
Tina Pietsch
Birgit Schmelz
Sandra Witwer

Geschäftsstelle:
Kerstin Malschofsky
Nicole Jecker

Impressum

Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen
der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3
14467 Potsdam
Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0
Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29

www.aufarbeitung.de
aufarbeitung@lakd.brandenburg.de

Gestaltung und Produktion:
eckedesign Potsdam